

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 22

Duisburg, den 30. Mai 1931

32. Jahrgang

Arbeiterrecht und Sozialversicherung in Gefahr

 Eine bekannte Erscheinung in der Geschichte ist der Versuch, in wirtschaftlichen Krisenzeiten nicht nur die materielle Lage der unteren Schichten, sondern vor allem ihre gesellschaftliche Stellung und ihr erworbenes Recht herunterzudrücken. Darin unterscheidet sich die bürgerliche Gesellschaft wenig oder gar nicht von den feudalen Schichten des Mittelalters und des Altertums. Rechte, welche man in politischer Bedrängnis, in der Not des Landes usw. gab, um die unteren Schichten „bei der Stange zu halten“, suchte man vor allem in Krisenperioden der Wirtschaft aufzuheben und die unteren Schichten wieder an die Kette der Abhängigkeit zu legen.

Dieses Wollen kapitalistischer Gruppen verdichtet sich mehr und mehr. Unter die zehn Jahre Gleichberechtigung der Arbeiterschaft hofft man bald einen Schlussstrich setzen zu können. Das gilt vor allem für die Rechte, welche die Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft im Betrieb und im wirtschaftlichen Ganzen errungen haben. Die Angriffe werden konzentriert auf Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Sozialversicherung, weil sie für die Öffentlichkeit sehr einprägsame Begriffe darstellen und die Eckpfeiler dessen sind, gegen das sich letztlich die Angriffe überhaupt richten, nämlich die gehobene politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung der Arbeiterschaft.

Mit wachsendem Unmut haben bürgerliche Schichten den Aufstieg von Arbeitern in leitende Staats- und Kommunalstellen gesehen, welche man als Reserve für sich betrachtete. Wie, ein Arbeiter Bürgermeister, Landrat, Oberpräsident, Minister? Heute noch? Das sind doch Posten, die „unsern Söhnen“ vorbehalten sind, und so ein „schmieriger“ früherer Schlosser, Dreher, Holzarbeiter magt heute noch, im Jahre 1931, eine solche Position innezuhaben? In den Jahren 1918/19/20 war das etwas anderes. Damals überließ man den Arbeitern noch sehr gerne diese Posten, denn die Zeiten waren sehr unruhig, und man wußte nicht genau, wo man morgen „blühte“. Ziehen aber nicht heute landauf, landab die Agitatoren, welche in der Öffentlichkeit Führer des Staates dadurch verächtlich machen wollen, daß sie auf deren früheren Beruf als Arbeiter hinweisen? Und diese Agitatoren finden bei der Bourgeoisie rasenden Beifall.

Wir lieben im allgemeinen nicht, Vergleiche mit anderen Ländern und Völkern zu ziehen. Aber nach der Seite des politischen Anstandes und der Achtung vor der Handarbeit könnten große Teile des deutschen Bürgertums sehr viel vom englischen und französischen Bürgertum lernen.

So vollzieht sich der Angriff konzentrisch gegen die Arbeiterschaft. Man kämpft gegen die politischen und wirtschaftlichen Führer der Arbeiterschaft, um mit ihrem Fall die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft zu erschüttern; man kämpft gegen Gewerkschaften, Tarifvertrag und Schlichtungswesen, um die Arbeiterschaft wirtschaftlich und rechtlich zu treffen; man

kämpft gegen die Sozialversicherung, um dem Arbeiter und der Arbeiterfamilie die letzte Sicherungsmöglichkeit zu nehmen; man kämpft gegen die Arbeitslosenversicherung, um durch den dann entstehenden großen Druck der „industriellen Reservearmee“ eine breite Bresche in das Tarifvertragsgebäude legen zu können; man kämpft für Abbau der Wohlfahrtsunterstützung, weil wir angeblich sowieso zuviel Menschen in Deutschland haben und weil man „gegen Arme und Kranke grausam sein muß“ (Jugendnischer Studentenring).

Aber auch die Lohnpolitik der Unternehmer erhält in den letzten Wochen ein ganz anderes Gesicht. Noch vor einem halben Jahr konnte man es in der Arbeitgeberpresse lesen, daß Lohnsenkungen nur deshalb vorgenommen werden müßten, um zu Preissenkungen zu gelangen. Der Reallohn der Arbeiter müsse erhalten bleiben. Man wird aber in einem Leitartikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 15. Mai 1931 wesentlich anders belehrt. Die Konjunktur sei deshalb noch nicht besser geworden, weil mit den Lohnsenkungen auch Preissenkungen verbunden waren. Diese Preissenkungen seien schädlich gewesen. Es heißt u. a. in dem Artikel:

„Ihre direkten konjunkturpolitischen Funktionen konnte sie (die Lohnsenkung — die Red.) deshalb noch nicht erfüllen, weil sie mit einer entsprechenden Preissenkung verbunden war. ... Man wird sich daher völlig darüber klar sein müssen, daß künftige lohnpolitische Maßnahmen, wenn sie wirklich die Konjunktur beeinflussen wollen, nicht wieder mit einer behördlichen Preissenkungsaktion verknüpft sein dürfen. ... Man erinnert sich noch, daß die ersten entscheidenden Schritte die beiden Schiedsprüche für die Berliner Metallindustrie mit einem Lohnabbau von 8% waren. Nach diesem Auftakt hätte man logischerweise annehmen dürfen, daß spätere Schiedsprüche außerhalb Berlins noch einen höheren Prozentsatz enthalten würden ... vor allem unter Berücksichtigung der geringeren Leistungsfähigkeit und der ungünstigen Standorte zahlreicher Grenzgebiete.“

Das heißt: man will neben der Nominallohnsenkung auch eine gründliche Reallohnsenkung erreichen. Man ist der Ansicht, daß es für die Konjunktur durchaus schädlich sei, wenn der Arbeiter bei verringertem Lohn nun etwa billigeres Fleisch, billigeres Brot, billigere Schuhe und Textilwaren kaufen könne. Nein, der Arbeiter muß weniger haben, weniger Nahrungsmittel, schlechtere Kleidung, schlechteres Schuhwerk. Er muß überhaupt weniger haben, damit ihm endlich einmal der Dünkel ausgetrieben wird, als sei er ein gleichberechtigtes Individuum. Etwas anderes wird man schwerlich aus den Darlegungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ herauslesen können.

Man darf seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß solche Ansichten selbst bei einer den Unternehmern nahe stehenden gemäßigten Zeitung auftauchen. Um wieviel mehr werden solche Anschauungen bei dem Klassenkämpferischen Teil des Unternehmertums Boden gefaßt haben. Wir möchten zweifeln, ob auch dieser Teil des Unternehmertums sich darüber klar ist, was eine solche Politik — weitergeführt — bedeutet. Sie würde zu einer neuen Revolution führen, die

aufzuhalten oder einzudämmen dann kaum möglich sein würde. Dadurch würden Wirtschaft und Nation Rückschläge in einem Maße erleben, die sie bis dahin nicht gekannt hätten, aber die Schuld daran würde diejenigen treffen, welche in einseitiger Weise alle Lasten der Krise nur den unteren Schichten auflegen wollen.

Aber diese antisoziale Tendenz bei der Lohnpolitik wird auch jetzt nach andern Seiten hin auszudehnen versucht. Eine sehr zuverlässige Seite betont, daß man im radikalen Arbeitgeberlager allen Ernstes darangehen wolle, aus Stahlhelm, Bismarckbund und anderen nationalistischen Vereinen zusammen mit der alten gelben Bewegung „zuverlässige“ Werkvereine zu bilden und vor allem auf Werksverträge unter Ausschluß der Gewerkschaften hinzudrängen. Diese Bestrebungen sind ja nicht neu; die „Zuverlässigkeit“ solcher Vereine scheiterte aber stets an der „Unzuverlässigkeit“ ihrer Arbeit im Betrieb.

Was jedoch noch mehr zu denken gibt, ist folgendes: In einer Reihe von Betrieben soll man beim Volksbegehren den Angestellten erklärt haben, nur wer sich eintrage, könne mit einer Dauerbeschäftigung rechnen. Die Folge davon sei, daß eine stickige Atmosphäre von Verleumdungen und des heimlichen Angebens „Unzuverlässiger“ sich breit mache. Es müßte seltsam zugehen, wenn sich so etwas nicht bei den Schwarzen Listen wiederholen würde.

Es ist eine mehr als merkwürdige geistige Einstellung von Unternehmerschichten, wenn sie die Vielheit der Entstehungsursachen der Krise lediglich auf den einen Kenner „Zwangs-

wirtschaft“ und „gewerkschaftliche Lohnpolitik“ bringen wollen. Eine gewaltzamere Biegung der Tatsachen läßt sich wohl kaum vornehmen. Aber das alles illustriert den Willen bestimmter Gruppen, gegen die Arbeiterschaft Front zu machen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß ruhiger denkende Unternehmergruppen das außerordentlich Gefährliche des Beginnens ihrer Klassenkämpferischen Genossen wohl erkennen. Weder Arbeiter noch Unternehmer können ein Interesse daran haben, daß politisch und wirtschaftlich nicht klar sehende Unternehmer in ihrer antisozialen Haltung die Lunte an das Pulverfaß legen, das mit sozialen Sprengstoffen bis oben gefüllt ist. Wenn irgend etwas nützt, dann der Wille zur Zusammenarbeit und zu einem gemeinsamen Tragen der großen Lasten, die auf der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke ruhen. Die Arbeiterschaft aber muß es ablehnen, daß sie allein oder hauptsächlich der Leidtragende der Krise sein soll.

In dieser Nummer geben wir Ueberblick über das Ringen um die Sozialversicherung, besonders soweit Unfall- und Invalidenversicherung in Frage kommen. Gerade in Tagen, in denen ein reaktionärer Sturm durch Deutschland geht, ist es für die Kollegenschaft notwendig, nicht nur selbst über alle schwebenden Fragen gut aufgeklärt zu sein, sondern auch Aufklärung zu tragen in die unorganisierten und falschorganisierten Arbeiterkreise. Die gewerkschaftliche Organisation ist heute der Schutz der Arbeiterschaft schlechthin geworden. Sie noch stärker auszubauen, ist eine der dringlichsten Aufgaben.

G. W.

Das Ringen um die Unfallversicherung

Es ist in den letzten Jahren geradezu Mode geworden, daß von allerhand, nicht dem Arbeiterstand angehörenden Menschen gegen das Arbeitsrecht und die Sozialversicherung Sturm gelaufen wird. Alles, was sich als Unternehmer oder mindestens als unternehmerfreundlich oder als „für die Wirtschaft mitverantwortlich“ bezeichnen zu müssen glaubt, schimpft und rätioniert über Schlichtungsweisen, Tarifverträge und selbstverständlich gegen die einzelnen Sozialversicherungsgeetze, sei es Arbeitslosen-, Kranken-, Knappschafts-, Unfall- oder Invalidenversicherung. Arbeitgeber, Industrie- und Handelskammern insbesondere deren Syndizal, aber auch Handwerker und Bauern, hohe Staats-, Gemeinde- und Privatbeamte, nicht zu vergessen ein Teil der „Herren der Wissenschaft“ und solche, die es sein oder werden wollen, sind sich einig darin, daß Deutschland nur wieder hoch kommen kann, wenn die arbeitsrechtlichen Bestimmungen, die einen gewissen Schutz der Arbeiter darstellen, verschwunden und die Leistungen der Sozialversicherung so abgebaut sind, daß sie mindestens nicht über den Vorkriegsstand hinausgehen.

„Sparen ist das Gebot der Stunde“, so rufen die Herrschaften mit nachdrücklichster Betonung, denken dabei aber beileibe nicht an sich und ihren Anhang, nein, nur das „Volk“, die „Massen“, die Arbeiterschaft, an deren Adresse ergeht der Ruf zum Sparen. Als ob es eine Kunst wäre, bei gutem gesicherten Einkommen, bei reichlicher Versorgung für das eigene Alter und für das seiner Angehörigen, den anderen, denen, die nichts haben, Sparsamkeit zu predigen. Die Herrschaften vergessen, oder übersehen geistlich, daß sie dazu gar kein Recht und gar keine Qualifikation haben. So lange sie nicht bereit sind, mindestens einigermaßen ihr Einkommen und ihre Lebensgewohnheiten der allgemeinen Volksnot anzupassen. Wie haben sich die Herrschaften gewehrt, als es galt, die Beamtengehälter um sechs Prozent herabzusetzen und wie still wurde es, als auch die Privatbeamten in hohen Stellungen aufgefordert wurden, einmal anzugeben, wie ihre Gehälter entsprechend der Wirtschaftskrise, der allgemeinen Finanznot und dem Rufe nach Sparsamkeit herabgesetzt wurden. Ja, Bauer, das ist etwas anderes. Für die da „oben“ gilt dieser Ruf nicht, nein, nur für die da „unten“ ist er maßgebend. Für die da „oben“ gelten „wohlerworbene

Rechte“, für die da „unten“ gibt es so was nicht, die haben sich nach der Decke zu strecken, und zwar nach dem bißchen Decke, das die da „oben“ gnädigst übrig lassen. Aber die da „oben“ können sich das auch leisten, sie halten zusammen, sie sind organisiert, bis zu 75 Prozent, ja, in manchen Gruppen bis zu 95 und mehr Prozent. Und die da „unten“? Mehr als die Hälfte ist unorganisiert, „spart“ die Verbandsbeiträge und muß sich deshalb auch gefallen lassen, daß ihm immer mehr die Haut über die Ohren gezogen wird. Es wird hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft die Situation erkennt, daß insbesondere jetzt gerade bei der Frühjahrswerbearbeit den Unorganisierten eindringlich und immer wieder vorgehalten wird, solange, bis sie den Anschluß an den Verband gefunden haben, um mitzukämpfen gegen weitere Verschlechterungen.

Diese Mahnung ist um so mehr berechtigt, wenn man die Beharrlichkeit, die Fähigkeit und die Energie betrachtet, mit welcher die Arbeitgeber und ihre Freunde und Trabanten ihren Kampf gegen die Sozialgesetzgebung betreiben. Da gibt's keine Ruhe und keine Pause, vielmehr wird ununterbrochen Material gesammelt, die Öffentlichkeit scharf gemacht, Regierungen, Parlamente, Behörden mit Denkschriften, Anträgen und Eingaben bombardiert, einmal gegen diesen, das nächste mal gegen einen anderen Teil der sozialen Gesetzgebung. Auf der Arbeiterseite dagegen stehen große Massen teilnahmslos, gleichgültig, beiseite, man überläßt den Kampf den Organisationen und schimpft dann auch noch, wenn Rückschläge eintreten. Mit dieser Taktik muß gebrochen werden, die ganze Arbeiterschaft muß zur Abwehr aufgeboren werden.

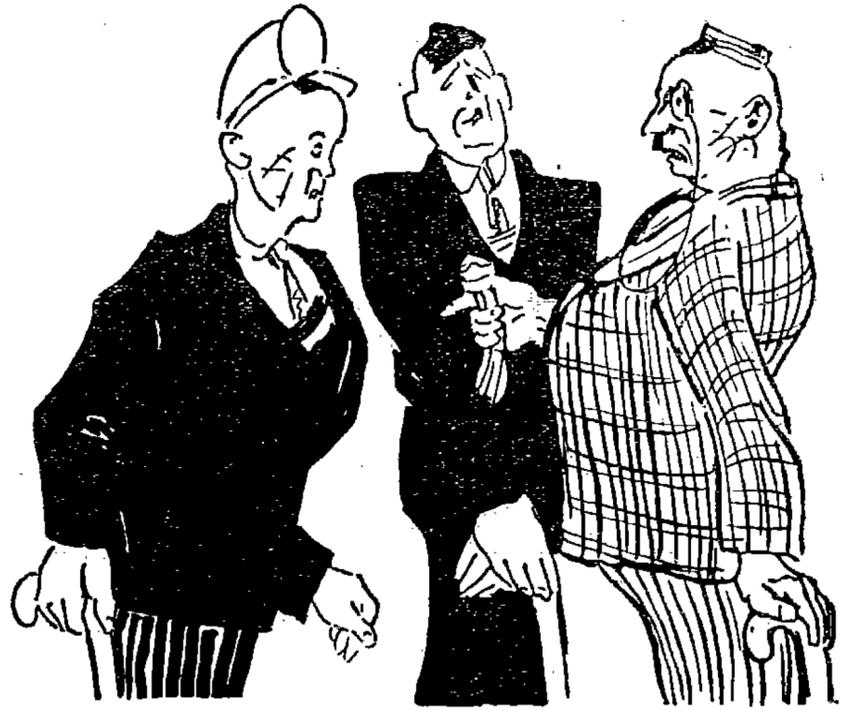
Gegenwärtig haben die Unternehmer die Unfallversicherung als Angriffsobjekt aufgegriffen. Und auch in diesem Falle gehen sie konzentrisch vor. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen und der Reichsverband des deutschen Handwerks haben bereits im Januar in einer Eingabe dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge zur Abänderung der Unfallversicherung unterbreitet, deren Annahme eine ganz gewaltige Schädigung

der Arbeiterschaft bedeuten würde. Sonderbarerweise erhalten sie dabei Unterstützung durch den Senatspräsidenten Dr. Behrend in Berlin, der in der Zeitschrift: „Die Reichsversicherung“, 1931, Heft 1, einen Artikel veröffentlicht, mit dem Titel: „Entlastung der Spruchbehörden der Unfallversicherung“. Dabei sind Gedanken entwickelt, die für die Arbeiterschaft zweifellos sehr beachtlich sind, wenn der Verfasser in seinen Vorschlägen auch weit über das Ziel hinauschießt.

Zunächst wird ausgeführt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not bedeutend mehr Entschädigungsanträge der Sozialversicherten gestellt würden. Das bedinge, daß eine starke Verzögerung in der Erledigung der eingelaufenen Anträge, namentlich auch der wichtigen und dringlichen, eintrete, so daß tatsächlich Jahre vergehen, bis die inzwischen oft schon durch eine Änderung der ursprünglichen Verhältnisse mehr oder weniger überholte Entscheidung gefällt werde. „Die Unentgeltlichkeit und Einfachheit, mit der jeder Versicherte an die Spruchbehörden herantreten und seine Sache mindestens einmal durch drei Instanzen treiben kann, um dies gegebenenfalls in zwei Instanzen zu wiederholen, hat eine Zunahme von — im weitesten Sinne verstanden — überflüssigen und unnötigen Entscheidungen über Ansprüche aus der Sozialversicherung herbeigeführt.“ Dieser Standpunkt des Herrn Senatspräsidenten wird nun durch Zahlen zu begründen versucht: „Ungefähr die Hälfte der heute z. B. in der Unfallversicherung eingelegten Berufungen und Rekurse sind aussichtslos. Von den von den Oberversicherungsämtern im Jahre 1929 bearbeiteten 278 000 Spruchsachen, die in Rechtsstreitigkeiten und Berufungen der Versicherten zu entscheiden waren, wurden im ganzen nur zirka 29 100 zugunsten der Versicherten entschieden, das sind nur rund 10 bis 11 v. H.“ „Durch die Beschäftigung mit diesen aussichtslosen Sachen leidet die Erledigung der wichtigen und eilbedürftigen Angelegenheiten. Sie führt überdies zu einer erheblichen Verlangsamung des gesamten Prozeßbetriebes, denn die Mehrzahl der Entscheidungen vor dem Reichsversicherungsamt, die nach mündlicher Verhandlung ergehen, erfolgt z. B. in der Rekursinstanz erst 1½ Jahre seit Erlass des Urteils des Oberversicherungsamtes“. Das Urteil des Oberversicherungsamtes ergeht durchschnittlich ein Jahr nach Erteilung des Bescheides durch die Berufsgenossenschaft, und dieser Bescheid ergeht meist erst ein Jahr nach dem Unfall, so daß im allgemeinen der Versicherungsträger und der Versicherte erst nach drei Jahren wissen, ob eine Rente zu zahlen und wie hoch diese ist. Das lange Warten wirke auf den geschwächten Allgemeinzustand und den Arbeitswillen des Versicherten ungünstig ein. Querulatorische Anlagen brechen durch, eine im Unterbewußtsein schlummernde Hysterie komme zum Vorschein und es entwickle sich oft das Bild der bekannten Rentenneurose. Also schwere Nachteile für den Versicherten. Aber auch die Krankenkassen, die Fürsorgestellen, die Schwerebeschädigtenstellen, die Arbeitsämter, die Zivilgerichte litten unter der langen Prozeßdauer. Das Ansehen des Reichsversicherungsamtes komme ins Gedränge und schließlich entstünden auch eine ganze Menge unnötiger Kosten.

Die vorgenannten Feststellungen des Herrn Dr. Behrend sind sehr unerfreulich. Niemand klagt mehr über die ungebührlich lange Dauer des Rentenverfahrens in der Unfallversicherung als die Verletzten. Die Frage ist nur, ob das jetzige Verfahren das richtige ist, ob die lange Dauer nicht durch allerhand bürokratische Maßnahmen der Berufsgenossenschaften, der Ärzte, der Gutachterstellen und der Behörden mitverursacht ist. Wir wissen aus der Praxis ein Lied darüber zu singen. Eine weitere Frage ist, ob durch die Vorschläge des Herrn Senatspräsidenten wirklich Abhilfe geschaffen werden kann, ohne daß berechnigte Interessen der Versicherten gefährdet werden. Zu diesem Optimismus können wir uns leider nicht aufschwingen. Herr Senatspräsident Dr. Behrend verlangt nämlich die Einführung eines Gebührenvorschlusses, mindestens für die zweite Spruch-

Künftige Sozialpolitiker?



„Wer das Leben bejaht, muß hart und grausam sein können. Im Interesse des gesunden Germanentums darf man auf Kranke und Schwache keine übermäßige Rücksicht nehmen“ (Jugendnischer Studenterring).

instanz, das Reichsversicherungsamt (bzw. Landesversicherungsamt) in Höhe von 20 bis 300 RM. Und damit dieses Mittel wirklich durchgreift, verlangt er weiter, daß dieser Gebührenvorschuß „nicht aus öffentlichen Mitteln erstattet“ werden darf, d. h., daß z. B. die Wohlfahrtsämter dem Verletzten den Vorschuß nicht geben dürfen. Die Festsetzung der Höhe des Vorschusses soll von dem Vorsitzenden der Kammer vorgenommen werden, der sonst mit der Sache befaßt werden würde. „Seine Entscheidung ist unanfechtbar“. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Zahl der Verfahren vor dem Reichsversicherungsamt stark zurückgehen wird, wenn jedem Antragsteller mitgeteilt wird, daß seine Sache nur behandelt wird, wenn er vorher einen Gebührenvorschuß von 20 bis 300 RM zahlt. Die meisten Antragsteller haben diese Summe, auch wenn sie nur 20, 30 oder 50 RM sein soll, einfach nicht, und das Fürsorge- oder Wohlfahrtsamt darf sie ihnen auch nicht vorstrecken. So werden Tausende auf ihre Rechtsansprüche verzichten müssen, nicht weil sie unrecht haben, sondern weil sie arme Teufel sind. Derartige Radikalkuren werden den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft finden.

Das gleiche gilt für die Forderung, daß nur noch Rentengewährt werden sollen, wenn die Minderung der Erwerbsfähigkeit mindestens 25 v. H. beträgt mit der Maßgabe, daß die Renten nicht mehr in Gradunterschiede von 5 zu 5 v. H., sondern nur in größeren Spannen festzusetzen sind. Das geht darauf hinaus, daß in der Unfallversicherung Renten unter 30 v. H. künftig nicht mehr gewährt werden. Man beruft sich dabei auf das Reichsversorgungsgesetz, das eine solche Vorschrift schon enthält und Herr Senatspräsident Behrend glaubt, daß die Erfüllung dieser Forderung in Zukunft einen Fortfall von zirka der Hälfte aller Unfallrenten bedeutet.

Einen weiteren Bremshebel möchte Herr Behrend dadurch einbauen, daß er vorschlägt, eine Vorschrift zu schaffen, nach welcher bei Anträgen auf Erhöhung einer Rente wegen Veränderung der Verhältnisse (§ 1584 RVO.) die Erteilung eines Bescheides von der Beibringung eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht wird. Nach dem geltenden Recht genügt zur Begründung eines Antrages auf Rentenerhöhung die Vorlage eines einfachen ärztlichen Zeugnisses.

Die Amtsärzte, die nach der Tendenz einer solchen Vorschrift handeln, werden mit der Ausstellung von Zeugnissen — wie das heute schon ist — erst recht vorsichtig sein, häufig zweifellos zum Nachteil des Verletzten.

Damit haben wir nur die hauptsächlichsten Vorschläge des Herrn Senatspräsidenten zur Aenderung der Unfallversicherung erwähnt. Sie sind so bedeutungsvoll, daß die Arbeiterschaft, insbesondere die organisierten Arbeiter, sich eingehend damit

befassen müssen. Man unterschätzt die Dinge nicht, sonst könnten unliebsame Ueberraschungen die Folge sein. Wir werden in einem weiteren Artikel die Vorschläge der Arbeitgeber besprechen, jagen aber schon heute, daß zu so rigorosen Verschlechterungen kein Anlaß besteht, daß wir sie in dieser Form ablehnen und daß wir hoffen, daß die Arbeiterschaft durch Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes eine starke Kampffront mit uns bildet.

Ungert.

Was wird aus der Invalidenversicherung?

Die Invalidenversicherung steht seit längerer Zeit im Mittelpunkt der Debatte, welche von der Arbeiterschaft nicht scharf genug verfolgt werden kann. Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ bringen wir nachfolgenden Artikel, der die augenblickliche Lage der Invalidenversicherung gut darstellt.



Die Invalidenversicherung hat im Jahr 1930 außerordentlich ungünstige Finanzergebnisse aufzuweisen. Es scheint, daß dieser Teil der deutschen Sozialversicherung in noch höherem Maß, als man bisher fürchten mußte, zum Sorgenkind der deutschen Finanzpolitik wird. Der Fehlbetrag, den die letzten amtlichen Schätzungen zum erstenmal für das Jahr 1933 erwarteten, wird nun vielleicht schon 1931 oder 1932 eintreten.

	Einnahmen		Ausgaben	
	Insgesamt	Beiträge (in Millionen Reichsmark)	Insgesamt	davon Renten
1930	1535,0	988,0	1482,0	1322,0
1929	1620,7	1092,0	1316,3	1155,3
1928	1522,1	1075,9	1126,2	991,9
1927	1211,1	875,2	917,9	812,3
1926	960,0	659,6	802,4	709,4
1913	419,3	290,0	243,0	188,2

Außer den Renten hatten die Träger der Invalidenversicherung im Jahre 1930 folgende Einnahmen (in Millionen RM.):

Reichszuschuß	224,9
Reichsbeitrag	179,5
Sollmittel	20,0
Gemäß Lex Brüning	21,0
Im ganzen vom Reich	445,4
Zinsen	88,0
Sonstiges	13,6
	547,0

Der „Reichszuschuß“ ist die von Beginn der Versicherung an eingeführte Leistung der Reichskasse zur Erhöhung der einzelnen Rente. Sie betrug vor dem Krieg 50 M und ist seit 1925 auf 72 M pro Rente erhöht; sie ist also ein Teil des Grundbetrags, der jedem Invaliden bei Eintritt der Versicherungsjahrs gezahlt wird, gleichgültig, wie lange er der Versicherung angehört hat. Der „Reichsbeitrag“ dagegen ist die Vergütung, die das Reich der Invalidenversicherung als Aufwertungshilfe gewährt. Er wird gleichfalls als Zuschuß zur einzelnen Rente gerechnet und richtet sich nach der Zahl und dem Wert der Beitragsmarken, die vor 1921 gefleht wurden. Die Sollmittel stehen der Invalidenversicherung nur als zweckgebundene Leistungen des Reichs zur Verfügung; sie sollen der Erweiterung der Gesundheitsfürsorge dienen, die von den Versicherungsträgern zur Vorbeugung gegen vorzeitige Rentenanprüche betrieben wird. Diese Bindung hat sich nicht als glücklich erwiesen; die Summen sind zweifellos nicht immer in zweckmäßigster Weise verwendet worden.

Die gegenwärtigen Beitragseinnahmen der Invalidenversicherung bleiben weit hinter den amtlichen Schätzungen zurück. Anfang 1929 hatte das Reichsarbeitsministerium für die folgenden Jahre bis 1938 mit einem durchschnittlichen Beitragseingang von 1140 Millionen RM im Jahr gerechnet. Im Jahre 1930 hat einer der zuständigen Beamten des Ministeriums in einem neuen Artikel diese Zahl auf 1080

Millionen herabgesetzt. Das Ergebnis für 1930 hat auch diese Zahl noch um fast 100 Millionen unterschritten.

Auf der anderen Seite sind die Renten wesentlich rascher gewachsen als vorgesehen war. Nach der ersten Schätzung des Reichsarbeitsministeriums hätte das Jahr 1930 nur 810 Millionen RM Rentenleistungen bringen dürfen, die zu Lasten der Versicherung gegangen wären (also ohne die Zuschüsse zu Lasten des Reichs). Auch die Schätzung von 1930 belief sich nur auf 885 Millionen. In Wirklichkeit sind im Jahre 1930 abzüglich Reichsbeitrag und Reichszuschuß 918 Millionen RM verausgabt worden.

Woher kommt das Anwachsen der Lasten und die Tendenz zum Defizit? Eine Gruppe von Ursachen liegt in dem verhältnismäßig geringen Alter der Versicherung, die allmählich erst in ihre Vollbelastung hineinwächst, und in der Bevölkerungsentwicklung der Vergangenheit. Eine weitere Erklärung bietet die Behandlung des Aufwertungsproblems durch den Gesetzgeber. Dazu treten dreitens Einflüsse der un- erwarteten schweren Wirtschaftsdepression.

Die Invalidenversicherung ist im Jahre 1891 in Kraft gesetzt worden. Sie kombiniert eine Altersversorgung mit der teilweisen Uebernahme des Risikos vorzeitiger Invalidität. Jeder Versicherte, der nach einer verhältnismäßig kurzen Wartezeit seit Beginn der Beitragsleistung invalide wird, erhält eine Rente. Aber die Rente ist in ihrer Höhe abhängig von der Dauer der Zugehörigkeit zur Versicherung. Zu einem Grundbetrag von 168 M tritt ein Steigerungsbetrag für jede geflehte Beitragsmarke. Auf diese Weise wird auch dem kurzfristig Versicherten ein Mindestbetrag gewährleistet, der einen fühlbaren Zuschuß zu seinem Existenzminimum bedeutet, während das Risiko der Versicherung, kurzfristig Versicherte mit verhältnismäßig hohen Summen unterstützen zu müssen, immer noch niedrig gehalten wird. Neben der Invalidenrente wird auch Hinterbliebenen- (Witwen- und Waisen-) Rente bezahlt.

Dieser Aufbau der Invalidenversicherung bedingt, daß vom Jahre 1891 ab bis zu einem vorläufig noch nicht erreichten Zeitpunkt sowohl die Zahl der Renten wie ihre Durchschnittshöhe steigen muß. Hätte die Versicherung das Risiko vorzeitiger Invalidität überhaupt nicht übernommen und hätte sie sich auf jene Arbeiter beschränkt, die im Jahre 1891 soeben ihr Berufsleben begannen, so würde die erste Rentenleistung eingetreten sein, sobald die im Jahre 1891 berufstätig gewordenen Versicherten das 65. Lebensjahr — mit dem die Altersversorgung beginnt — erreicht hätten, also etwa das Jahr 1941 oder 1942. Bis jetzt sind in den Rentenbezug nur Personen eingetreten, die entweder vorzeitig invalide wurden oder im Jahre 1891 bereits einen Teil ihres Berufslebens hinter sich hatten. Aus der Zahl der Arbeiter, die im Jahre 1891 oder in den vorangegangenen Jahren in das Arbeitsverhältnis eingetreten sind, wird ein immer größerer Teil vorzeitig invalide oder erreicht das 65. Lebensjahr, gleichzeitig aber sind in diesem Neuzugang an Rentenempfängern immer mehr langfristige Beitragszahler enthalten, die Anspruch auf eine größere Zahl von Steigerungsbeträgen erworben haben.

Diese Wirkung wird nun verschärft durch die rasche Bevölkerungszunahme in den letzten Vorkriegsjahrzehnten. Die Zahl der Beitragszahler ist fortgesetzt gewachsen. Auch wenn die Gefahr vorzeitiger Invalidität nicht gewachsen ist, ergibt sich daraus heute ein Zuwachs an Rentnern. (Schluß folgt.)

C. L.

Der Kampf gegen die Sozialversicherung auf Lohntüten



In den letzten Jahren sind der deutschen Sozialversicherung allerlei „Freunde“ und „Helfer“ entstanden. Die Gesamtbelastung durch Beiträge, einzelne aus den Verhältnissen des Krieges und der Inflationszeit begründete gesetzgeberische und verwaltungsmäßige Maßnahmen sowie Fälle mißbräuchlicher Ausnutzung geben ihnen Veranlassung, nicht die Beseitigung dieser zur Kritik gestellten Dinge zu fordern, sondern vielmehr Sturm zu laufen gegen die Existenz der Sozialversicherung überhaupt. Man forderte glatt deren Beseitigung und präsentierte als Ersatz eine Spareinrichtung. Mit wunderbaren Rechenexperimenten wollte man hier „beweisen“, was für schöne Vermögen sich der Arbeitnehmer an Stelle der Sozialversicherung „ersparen“ könnte. Die Rechenkunststücke waren leider zu schön, um wahr zu sein. Sie glichen eher sozialpolitischen Eisenbarkturen.

Inzwischen ist es um die Vertreter dieser Art von Sozialpolitik ziemlich still geworden. Nicht nur die Versicherten und die Gewerkschaften aller Richtungen, auch die maßgebenden Arbeitgeberorganisationen haben den Rufern zur Beseitigung der deutschen Sozialversicherung eine gründliche Absage gegeben. Das Talmtü der wunderbaren Spar-Rechnungen eines Sach ist im Zeichen der Massenarbeitslosigkeit vollends verflissen. Horneffer, der im Jahre 1929 mit seiner Schrift „Frevel am Volk“, Sach ergänzend, zornig seinen ethischen Bannstrahl gegen die Sozialversicherung schleudern wollte — der aber auf ihn zurückfiel —, hält heute als wirtschaftlicher Liberalist vom reinsten Wasser seine Vorträge gegen den Zwangsstaat bei den Grund- und Hausbesitzervereinen. Aber wir wissen sehr gut, daß das Unternehmertum um so mehr unter der Hand „arbeitet“. Das Unternehmertum bestürmt das Reichsarbeitsministerium, die Presse, die Öffentlichkeit, sie sucht Wissenschaft und Hochschule dazu einzuspannen.

Dann kann es nicht seltsam berühren, daß ein Verlag für Verkehrsreklame F. Wilhelm Streppel, Bochum-Langendreer, es unternommen hat, seinen Reklameeifer auf dies Gebiet des grundsätzlichen Kampfes gegen die Sozialversicherung zu verlegen. Der Verlag gibt Lohntüten heraus, die auf der Rückseite mit Aufdrucken gegen die Sozialversicherung versehen sind. Daß Firmen sich als Abnehmer solcher Lohntüten finden, ist bestreblich. Deren Arbeiterschaft wird über diese Art sozialpolitischer „Aufklärung“ wohl anderer Meinung sein und gerne darauf verzichten. Vielleicht gibt es ihnen Veranlassung, mehr auf den Inhalt der Lohntüte zu sehen und sich entsprechend gewerkschaftlich zu betätigen.

Eine Anzahl solcher Lohntüten des Verlages Streppel liegen mir vor. Auf der Vorderseite sind sie noch mit dem Firmenaufdruck einer Maschinenfabrik versehen. Um eine Art fortlaufende Propaganda treiben zu können, wechselt der „belehrende“ Text auf der Rückseite. Wir lesen hier gewissermaßen als Einleitung und Einführung auf einer Lohntüten-Serie:

I.

„Die Möglichkeit, in sozialer Fürsorge den wirklich Bedürftigen ausreichend Hilfe zu bringen, hängt in erster Linie davon ab, daß jede mißbräuchliche Ausnutzung unserer sozialen Versicherungseinrichtungen unmöglich gemacht wird.“

In erschreckendem Maße werden zur Zeit, wie u. a. die Klagen zahlreicher Krankenkassen beweisen, die von den Arbeitnehmern beigesteuerten Versicherungssummen mißbräuchlich in Anspruch genommen. Alles aber, was in solcher Weise denen zufließt, die die Versicherungseinrichtungen gewohnheitsmäßig ausbeuten, geht dem gewissenhaften Teil der Versicherungsnehmer verloren, schwächt die Mittel der Kassen und verringert die Möglichkeit, denen wirksam und nachdrücklich zu helfen, denen unsere soziale Gesetzgebung in erster Linie Hilfe und Rettung bringen soll: den wirklich Leidenden und Erwerbsunfähigen. Jeder Arbeitnehmer sollte daher im eigenen Interesse alle Bestrebungen unter-

stützen, die unseren Versicherungseinrichtungen ihren wahren Zweck erhalten und ihre mißbräuchliche Ausnutzung erschweren wollen. Nur so handelt er sozial und im Geiste wirklicher Volksfürsorge.“

Die Melodie von der „mißbräuchlichen Ausnutzung in erschreckendem Umfang“ gibt die Ueberleitung zur auf den Betrieb eingestellten Lohntüte:

II.

„Die Belegschaft unseres Betriebes zahlt eine Sondersteuer von durchschnittlich 4 RM pro Mann und Woche als Beitrag für die Sozialversicherung. Das macht bei unserer Belegschaft von rund 100 Mann im Jahre ungefähr 21 000 RM aus. Rechnen Sie dazu noch den Anteil, den der Arbeitgeber an die Versicherungen abzuführen hat, so haben Sie 45 000 RM, die für unsere Arbeiter jährlich an die Organe der verschiedenen Sozialversicherungen gezahlt werden, anstatt daß sie dem Arbeiter für Notfälle zur freien Verfügung stehen, wie es richtig wäre. Und nun fragen Sie Ihre Arbeitskollegen, welche Leistungen sie im Laufe eben dieses Jahres von den sozialen Versicherungseinrichtungen empfangen haben! Glauben Sie, daß die Summe aller Leistungen auch nur entfernt so hoch ist wie die Summe aller gezahlten Beiträge? Fragen Sie die Leiter der einzelnen Versicherungsorgane, wieviel Tausende von Fällen des Mißbrauches der Sozialversicherung ihnen bekannt sind; fragen Sie das Reichsversicherungsamt, wieviel Beamte nötig sind, um den ganzen Versicherungsapparat zu verwalten! Fragen Sie die Architekten und Baumeister, welche Summen die Verwaltungspaläste der Krankenkassen in den Städten gekostet haben; fragen Sie die Ärzte, wieviel Tausende von Kranken gesund wären, wenn sie nicht Krankengelder bekämen! Dann wissen Sie, wofür Sie sich die Sondersteuer gefallen lassen müssen!“

Nachdem so von der eigenen Beitragsbelastung der Versicherte „großzügig“ generell in die Beitragsverwindung in der sozialen Versicherung einzuführen versucht wird, spinnt eine andere Lohntüte den Faden weiter:

III.

„Wer ist der Ruhnießer der heute von Ihnen bezahlten Beiträge für die Sozialversicherung!“

1. Sie selbst, denn Sie erhalten in Notfällen, hervorgerufen durch Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit, eine Unterstützung.
2. Tausende von Beamten, die zur Verwaltung der Versicherungseinrichtungen erforderlich sind.
3. Die Architekten und Bauunternehmer, von welchen sich die Träger der Versicherungen kostspielige Verwaltungspaläste errichten lassen.
4. Die Ärzte, die Tausende von Parasiten der Krankenversicherung behandeln müssen, die nur des Krankengeldes wegen krank sind.
5. Die Ungezählten, denen der Mißbrauch der sozialen Versicherungseinrichtungen auf Kosten der wirklich Notleidenden zum Beruf geworden ist.



„So eine mißliche Lage wie bei den Arbeiterpensionen kann bei unsern Beamtenpensionen nicht vorkommen. Unsere Pensionen werden von der breiten Masse bezahlt.“

Wer aber wäre der Ruhnießer, wenn der gleiche Betrag von Ihnen nicht abgeliefert werden müßte, sondern auf die Sparkasse gebracht würde?

1. Sie selbst, denn Sie könnten einen Notstock für alle Notfälle ansammeln, Sie würden im Laufe der Zeit aus Ersparnissen und Zinsen ein hübsches Vermögen Ihr eigen nennen. Sie könnten in Notfällen über Ihr Guthaben verfügen und, soweit Sie daselbe zur Behebung von Notständen oder als Altersrente nicht verbrauchen, Ihren Kindern ein Erbe hinterlassen.
2. Die gesamte Wirtschaft, denn die Sparkassen könnten das von Ihnen gesparte Kapital zum Nutzen aller Volksgenossen und also zu Ihrem eigenen Nutzen wirtschaftlich verwerten.

Die nächste Lohntüte bringt nun „inhaltsreich“ den großen Schlag:

IV.

„Sie könnten 36 293,52 RM besitzen, wenn Sie 40 Jahre lang jede Woche 6 RM auf einem Sparkonto bei 5% Verzinsung anlegen und die Zinsen immer wieder zum Kapital schlagen würden. Sie werden sagen, daß Sie einen so hohen Betrag nicht jede Woche zurücklegen können, aber sehen Sie sich bitte Ihre monatlichen Abrechnungen an, wieviel Sie an Beiträgen für die Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zahlen müssen und rechnen Sie den Betrag dazu, den der Arbeitgeber an diese Versicherungen und an die Unfallversicherung abführen muß (dieser Betrag wird Ihnen nämlich entzogen, weil der Unternehmer die gesamten Kosten der Arbeitskraft kalkulieren muß, ohne Rücksicht darauf, ob er die Beträge an die Arbeiter oder an die Sozialversicherungen auszahlen muß.) Ist der gesamte Betrag für die Sozialversicherung nicht viel höher als das, was Sie sich ohne diese teuer arbeitenden staatlichen Einrichtungen zurücklegen könnten? Und doch würden Sie durch freiwillige Ersparnisse sich einen ruhigen Lebensabend und Ihren Kindern ein Erbe sichern können, während Ihnen die Sozialversicherung trotz der hohen wöchentlichen Beiträge im Laufe Ihres ganzen Lebens bestenfalls einen Bruchteil der Summe auszahlt, die Sie sich zusammensparen könnten.“

Ja wirklich, wenn hier das Wörtlein „wenn“ nicht wäre, würden heute nicht fast 5 Millionen Arbeitslose statt Verdienstlosigkeit Lohn oder Gehalt haben, würden weiter Millionen von Kurzarbeitern nicht erhebliche Einkommensausfälle

haben, die sie, statt „sparen“ zu können, in große Nöte und Elend bringen. Wenn das Wort „wenn“ nicht wäre, würden recht viele ohne oder mit völlig unzureichender Versorgung nach jahrzehntelanger harter Arbeit abgebaute alte Arbeitnehmer heute noch in den Betrieben stehen. Sofern bei recht hohem Arbeitereinkommen Ersparnisse überhaupt möglich gewesen sind, haben Krieg und Inflation ihnen diese genommen. Neue Ersparnisse waren den Alten nicht mehr möglich. Ja, wenn hier — in bejahendem Sinne — die Invalidenversicherung nicht wäre, wo ständen die Alten und ebenso die vorzeitig Invaliden heute? Die Renten sind alles andere als hoch, aber immerhin eine Hilfe. Leider ist auch nicht jeder Mensch in vierzigjähriger Dauerarbeit ohne Krankheit und sonstige Schicksalschläge. Auf eine Betrachtung des Inhalts der Lohntüte, d. h. die Höhe des Arbeitereinkommens, will ich hier nicht im einzelnen eingehen. Einkommensteuer und Markenverkauf in den einzelnen Beitragsklassen der Invalidenversicherung geben hierüber lehrreiche Aufschlüsse.

Wir stehen an entscheidenden Wendepunkten unseres staatlichen und vollklichen Lebens. Kaum jemals klappte ein solcher Zwiespalt zwischen den einzelnen Schichten und Wirtschaftsgruppen. Wir fühlen in bedenklichem Maße das Aneinanderreiben verschiedener Wirtschaftssysteme. Die Schläge der Wirtschaftskrise hat in entscheidendem Maße die Privatwirtschaft, besonders die Arbeitnehmerschaft der Privatwirtschaft, auszuhalten. Die Lasten mußten bis heute im wesentlichen von ihr allein getragen werden.

Die heutige Notzeit erweist die Notwendigkeit und hohe Bedeutung der deutschen Sozialversicherung in ganz besonderem Maße. Ihre notwendige, gesunde und segensreiche Tätigkeit zu erhalten, ist eine wirtschaftliche, soziale und politische Aufgabe.

K. Gengler.

Der Rahmentarif von Nordwest



Dieser Manteltarif hat in der deutschen Arbeiterbewegung schon mehrfach eine entscheidende Rolle gespielt. Ganz besonders im Jahre 1928, als nach Ansicht der Unternehmer der Schlichter für Rheinland, Herr Dr. Jötten, bei einem Lohnschiedspruch für die Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in diesen Vertrag einen Einbruch verübt hatte. Den Grund sahen die Unternehmer in einer Zulage von 2 Pf. Lohnhöhung für Akkordarbeiter. Eine Aussperrung der 220 000 Metallarbeiter war die Folge. Außerdem fällt das Reichsarbeitsgericht in Leipzig auf Grund einer Klage in derselben Angelegenheit ein Urteil, wonach der sogenannte Einmannschiedspruch rechtsungültig sei. Dieses Urteil wurde sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei vielen Juristen mit Klang und Namen als ein Fehlurteil bezeichnet. Trotzdem wird auch heute noch „dieses“ Recht bei Tarifstreitigkeiten angewandt. Minister Stegerwald hat durch Verordnung in einzelnen Fällen eine gewisse Lockerung herbeigeführt.

Ein zweites Vorkommnis hat den genannten Rahmentarif im Jahre 1930 berühmt oder auch berüchtigt gemacht anlässlich des Oeynhausener Schiedspruchs. Bei der Gelegenheit wurde auf Antrag der Unternehmer die Akkordklausel verschlechtert. Dieses wäre unmöglich gewesen, wenn die anderen Organisationen dem Rate der Verhandler des Christlichen Metallarbeiterverbandes gefolgt wären und im Jahre 1930 den Rahmenvertrag nicht gekündigt hätten. Durch diese Kündigung wurde die Möglichkeit und auch der Anfang der Lohnabbauwelle geschaffen, wodurch die ungeheure Wirtschaftskrise schneller als in anderen Industriestaaten lawinenartig um sich griff. Diese Lohnabbauwelle hat eine wirtschaftliche Verbesserung nicht gebracht und wird sie nur dann bringen können, wenn die unproduktiven Ausgabequellen in Staat und Kommunen erst vollständig verstopft werden. Obgleich auch die Unternehmer

heute zu derselben Ansicht gekommen sind, versuchen dieselben mit allen Möglichkeiten zwar nicht die Wirtschaft anzukurbeln, aber neue Verschlechterungen den Arbeitern aufzubürden. Um diese Möglichkeit zu haben, wurde der Rahmenvertrag auch diesmal gekündigt, und von den Unternehmern wurden weitgehende neue Forderungen gestellt.

Die Metallarbeiter der Gruppe Nordwest sind sich aber klar darüber, daß die Maßnahmen der Nordwestgruppe erfahrungsgemäß durch ganz Deutschland laufen werden. Der Kampf ist deshalb gleichzeitig ein Kampf um die Belange der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Die Arbeitgeber haben ausgerechnet, daß bei Erfüllung ihrer gesamten Forderungen eine 7,2prozentige Entlastung eintreten oder andererseits den Arbeitern eine Belastung bringen würde. Damit wäre für die Wirtschaft absolut nichts gewonnen, aber man spielt auf der Gegenseite scheinbar um die Frage des Tarifs überhaupt. Würden die Forderungen erfüllt, so wäre der erste praktische Schlag gegen den Tarifgedanken geführt, den zu erhalten die ganze Öffentlichkeit ein Interesse haben müßte. Die Arbeiterschaft hat trotz ihrer mühsamen Lage auch heute noch sehr vieles zu verspielen; man braucht dabei nur die Verhältnisse von 1878 in Erinnerung zurückzurufen, wo innerhalb einer kurzen Zeit die Bezüge der Arbeiterschaft um zwei Drittel herabgesetzt wurden.

Die drei wichtigsten Forderungen des Arbeitgeberverbandes richten sich auf die Beseitigung des Soziallohnes, des Arbeiterurlaubs und der Akkordversicherung.

Die Beseitigung des Soziallohnes, der sich auf 1 Pf. für die Ehefrau und 2 Pf. für das Kind beläuft, würde gerade die christliche Arbeiterschaft sehr schwer treffen, da bei ihr durch ihre christliche Einstellung der größte Kindersegen vorhanden ist. Wir sind aus dem Gedanken heraus, daß gerade mit dem Soziallohn eine der wichtigsten Zukunftsfragen des Volkes eng verbunden ist, immer besonders stark für ihn eingetreten. Die sozialen Zulagen der Angestellten und Beamten

sind ungleich höher als die der Arbeiterschaft. Schon daraus allein entfällt jede Berechtigung, gerade die kinderreichen Familien der Arbeiter in ihrem ohnehin schon geringen Einkommen noch weiter zu schmälern. Wir haben uns jedenfalls mit aller Konsequenz dagegen zur Wehr zu setzen, wenn hier irgendwelche Abstriche gemacht werden sollen.

Auch sind wir mit allen anderen Organisationen darin einig, daß an dem Arbeiterurlaub nicht gerüttelt werden darf. Der Urlaub ist ja bisher praktisch keineswegs von dem Unternehmer bezahlt worden, sondern von der Arbeitsolidarität der Kollegen, die durch Mehrarbeit den Ausfall der Beurlaubten decken müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß gerade die Arbeit in der Metallindustrie mit ihrer komplizierten Maschinerie nicht nur eine große körperliche, sondern auch eine hohe geistige Anspannung erfordert, so daß der Urlaub eine unbedingte Notwendigkeit ist. Man darf auch nicht vergessen, daß man dem Arbeiter Gelegenheit geben muß, sein Vaterland und dessen Schönheiten kennenzulernen, wenn man wirklich Wert darauf legt, in ihm ein tieferes nationales Gefühl heranzubilden. Deshalb ist der Urlaub, der für den Arbeiter im Vergleich zu anderen Berufsgruppen ja ebenfalls sehr kurz bemessen ist, nicht nur aus gesundheitlichen Gründen nötig.

Die Akkordficherung lag bisher um 15% über dem Tariflohn, die jedoch nur dann anwendbar war, wenn eine gesteigerte Leistung der Gruppe vorhanden ist. Man will hier auf 10% abbauen. Damit würden die Akkordarbeiter erneut empfindlich getroffen. Nach unserer Rechtsauffassung können diese Bestimmungen natürlich von dem Unternehmer gekündigt und gestrichen werden, aber keinesfalls vor dem 1. Oktober, also vor dem Ablauf des Lohntarifs, praktisch sich auswirken, da die rechtlichen Bestimmungen dem entgegenstehen.

Aus alledem ergibt sich, daß die Metallarbeiterschaft in den kommenden Monaten vor schwersten Kämpfen steht, besonders deshalb, weil die Arbeitgeber für den Oktober schon ihre neuen Lohnforderungen angemeldet haben. Wir müssen deshalb schon jetzt mit allem Nachdruck darauf hinweisen, welche Opfer die Metallarbeiter der Gruppe Nordwest bisher schon gebracht haben. Die Opfer werden am besten daraus ersichtlich, wenn das Lohnabkommen vom März 1930 mit dem vom März 1931 in Vergleich gezogen wird. Die wichtigsten und höchstbezahlten Gruppen geben wir deshalb einmal bekannt:

Auswirkungen der Akkordreduzierungen vom Juli 1930 (einschließlich Lohnausgleich).

Gruppe	Stundenverdienst		Mithin Ausfall in Rpfl. je Stunde	in %
	März 1930 Rpfl.	März 1931 Rpfl.		
Hochöfen:				
1. Schmelzer	115,0	93,5	21,5	18,7
4. Schmelzer	102,5	89,2	13,3	12,9
Hafen:				
Schiffsentlader	119,0	95,0	24,0	20,1
Signalleute	117,3	94,0	23,3	19,8
Speditionskranen:				
Verladerarbeiter	118,3	95,4	22,9	19,4
Hochbahn:				
Waggonentlader	120,0	96,3	23,7	19,7
Wagenverschieber	—	—	—	—
Thomaswerk:				
Gießgr.-Aufseher	155,4	114,5	41,9	26,7
4. Kollillenmann	90,8	74,3	16,5	18,1
Dolomitanlage:				
1. Konvertermann	120,7	95,6	25,2	20,8
2. Stopfenmacher	122,6	92,0	30,4	25,6
Martinwerk:				
Oberschmelzer	128,0	122,4	5,6	4,3
Schrottwieger	78,0	75,2	2,8	3,6
Walzwerk:				
Blockstraße:				
Walzmeister	167,0	132,5	34,5	20,6
Steuerleute	125,4	97,6	27,8	22,2
Große Fertigstraße:				
Walzmeister	180,0	122,6	58,4	32,4
Rollgangführer	120,7	79,8	40,9	33,3
Stabeisen- u. Winkel:				
Dorarbeiter	109,9	96,6	13,3	12,0
Steuerleute	83,0	79,0	4,0	4,8
Maschinen:				
Thomaswerk 1. Maschinist	104,6	85,3	19,3	18,4
Stripperkräne	113,0	93,0	20,0	17,8
Blockstraße:				
1. Reversiermaschinist	114,5	101,0	13,5	11,8
Brickettfabrik:				
Aufseher	112,3	96,3	16,0	14,2
Bunkerarbeiter	102,4	86,2	16,2	15,8

Im Durchschnitt ergibt sich bei den benannten Gruppen und Arbeiten ein Lohnausfall von pro Stunde . . . 24,1 18,3

Die Zahlen lassen sich beliebig erweitern. Rechnet man zu diesen Reduzierungen in der Woche im Durchschnitt zweieinhalb Ausfallschichten, so ist bestimmt die Existenzmöglichkeit der Arbeiterfamilien auf das schwerste gefährdet.

Jeder Versuch, der Arbeiterschaft noch weitere Opfer aufzuerlegen, muß zur Revolutionierung auch des bestgesonnensten Arbeiters führen. Wir warnen deshalb mit allem Ernst,

SIEDLUNG UNITRUSTTOWN

Von Reck-Malleczewen.

II.

Der Doktor Schirwind kommt. Er würdigt Lawson keines Blickes, spricht überhaupt kein Wort. Er hockt vor dem daliegenden Koloss wie ein Geier über seinem Funde, läßt sich in seinen Hantierungen nicht im mindesten stören, als der Kranke aus seiner Ohnmacht erwacht und mit Stierstimme schreit, daß man italienische Devissen zusammenhauen solle, daß es viel zu dunkel sei hier im Raume, daß er vor allem Hunger habe, zum Donnerwetter noch einmal: Schildkrötensuppe, ein Meter Räucheraal, ein Goldsichbassin Whisky...

Jetzt erst bemerkt Elihu Grant den kleinen schwarzen Zwerg, der ihm eben mit dem Perkussionshammer auf die Sehnen schlägt. Er brüllt auf, wird dieses Skel, das ihn da anzurühren wagt, sofort vom Dach hinab auf den Broadway befördern... ach nein, er fühlt, als er auffährt, eine tödliche Schwere in seinem Arm, zuckt zusammen unter dem Blick dieses kleinen Mandrill da und sinkt stöhnend auf den Boden zurück.

Und dann, gerade als der Kleine des Augenspiegels sich bedienen will, kommt La Boissière. Lawson schält ihn wie einen kostbaren Gegenstand aus seinem Pelz, der Franzose erlebte peinlich alle Zeremonien, die er einem Elihu Grant schuldig zu sein glaubt. Elihu Grant knurrt vernehmlich, der Arzt macht sich, ohne seinen unbedeutenden Kollegen auch nur eines Blickes zu würdigen, mit pathetischen Handwerksgeffen, wie bei einer Monstervorstellung ein Zauberfünftler, an die Arbeit. Und dann gibt es wieder Sehnenklopfen und leise ausgetauschte termini technici... der Franzose läßt plötzlich, totendlaß geworden, den Augenspiegel sinken, besinnt sich eine Weile, stellt schließlich mit leisem Stottern

Englisch eine Frage an Elihu Grant. Eine ganz verfluchte Frage, muß man wissen, eine Frage, die sich für Puritanerohren absolut nicht eignet... sollte man es wirklich für möglich halten, daß dieser Franzose bei dem großen Elihu Grant sich nach so heiklen Dingen erkundigen würde?

Und plötzlich geschieht es, daß der Kranke auffährt mit Bornesgebrüll. Lawson kann es gerade noch verhindern, daß Grant den unverfälschten Trager an der Kehle faßt: er wolle diese Karreteien nicht, er wolle wissen, was los sei mit ihm... jetzt, sofort wolle er es wissen, wenn dem andern seine schädige Existenz lieb sei...



Der Franzose, weiß wie die Wände ringsum, stottert etwas Unverständliches, die Augen des Kranken wandern fragend zu dem kleinen Lemuren hinüber. Der Doktor Schirwind antwortet, kurzerhand den Franzosen beiseite schiebend, daß Elihu Grant binnen kurzem blind und wohl auch gelähmt sein werde... in zwei Jahren, in dreien allenfalls,

dem Arbeiter auch das letzte Stück Brot aus der Hand zu schlagen. Wir sind bereit, uns mit den anderen Schichten des Volkes auf loyaler Grundlage zu neuer Arbeit zusammenzufinden, die uns endlich wieder besseren Verhältnissen entgegen führen kann, und damit nicht nur uns, sondern der Gesamtheit des Volkes zu dienen. Aber wir möchten auch mit Nachdruck betonen, daß, wenn gewisse Kreise die Dinge auf die Spitze zu treiben belieben, die christlichen Metallarbeiter nicht alleine dazu da sind, die Warnungstafeln der Zukunft aufzurichten und in der Stunde der Gefahr als Schutzdamm zu dienen.

Wir wollen die Verständigung und den Frieden, aber wir lassen uns an unseren Rechten, die uns in unserer ungeheuer schweren Lage noch geblieben sind, nicht rütteln.

Die unter dem Schlichter am 18. Mai geführten Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Es wurde in letzter Stunde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Rahmenvertrag ein Jahr weiter läuft, mit der Maßgabe, daß nicht erst am 1. Oktober über den Lohnvertrag verhandelt werden kann, sondern schon am 1. August 1931. Den Arbeitern in Deutschland ist mit dem Ausgang ein großer Dienst erwiesen worden, denn wenn in Nordwest das Tarifgebäude ins Wanken gekommen wäre, so hätten alle Arbeiter den Schaden tragen müssen. Für die demnächstigen Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitszeit muß die Zeit ausgenutzt werden, um neue Kämpfer zu gewinnen, damit die Arbeiterrechte möglichst wenig geschwächt aus dem furchtbaren Ringen hervorgehen.

Europa in der Zange des Bolschewismus?



Das nächste Land, das dem Bolschewismus anheimfallen wird, ist Spanien — sagte vor einem Jahrzehnt der Heros der russischen Revolution: Lenin. Die letzten Wochen scheinen eine Bestätigung seiner Worte zu sein. Der jahrhundertalte spanische Thron kam ins Wanken. Der Nachfahre jenes Königs, der vor 400 Jahren das stolze Wort gesprochen hatte: „In meinem Reiche geht die Sonne nicht unter“, mußte mit seiner Familie nach England flüchten, und am nächsten Tag war Spanien Republik. Alles vollzog sich in Ruhe und Ordnung bis — bis plötzlich Kirchen brannten, Klöster in Flammen aufgingen, uralt-heiliges Volksgut unter den Hieben des roten Mobs zusammenkrachte. Da zeigte die spanische Revolution ihr wahres Gesicht. Wilde Meute plündert und brennt. Stadtkommandanten entschuldigen sich, daß dabei zwei Mann die ums Leben kamen. Besatzungen von Kriegsschiffen meutern, man wirft ihnen zur Beruhigung mißliebige Offiziere hin. Bauern teilen die Güter auf; die Masse fordert „Volksgerichte“, Hinrichtung von Führern. Hinter der spanischen Nationalflagge und dem ernstesten Gesicht von Herrn Zamorra, dem jetzigen Ministerpräsidenten, taucht der Sowjetstern und die blutbesudelte Gestalt der G. P. U. auf.

Sowjetrußland hatte lange auf diesen Tag gewartet. Es hatte seine Hoffnung auf die radikale Verheerung und auf den

Kulturbolschewismus in Spanien gesetzt, jenes Kulturbolschewismus, der ein typisches Zeichen aller romanischen Republiken ist. Die deutschen Kommunisten sahen in den Kirchenbränden die Freudenfeier ihres kommenden Siegers. „Holla! Der rote Zahn gibt Widerschein. Die Klöster brennen. Wohl bekomm's, Könnlein! Jetzt wird es Tag! Fort mit eurer Republik! Spaniens Proleten erwachen, Spaniens Burgen krachen, Spaniens Klöster brennen.“ Das schreibt die kommunistische „Junge Garde“ vom 14. Mai. Und der deutsche Kulturbolschewismus stößt in das gleiche Horn. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Dieser Republik wird Kirchenschändung vorgeworfen. Aber diese Regierung, die lieber die Klöster brennen ließ als den Bürgerkrieg zu entfesseln, hat recht getan, hundertmal recht! Sie ließ das Tote verbrennen und erhielt der Republik die lebendigen Menschen. — Tiefe Staatsmannsweisheit und wahrer Pazifismus.“

Ein solcher Schmarren verlangt dann als politische Weisheit angesehen zu werden. Als aber in Ungarn nach der Kommunistenherrschaft einige führende kommunistische Juden standrechtlich erschossen wurden, schrieb das gleiche „Berliner Tageblatt“ sich die Kehle über solche „Greuelthat“ heißer. Warum verabscheut man für Ungarn, was man für Spanien gutheißt?

Dieser deutsche Kulturbolschewismus ist ein Wegbereiter

Elihu Grant hält sich eine kleine Weile an dem Tisch fest, er zittert ganz seltsam, wie ein Baum, dem die Art an den Splint kommt, nimmt den schweren Sessel und schleudert ihn nach dem kleinen Mann, der mit Köh und Rot dem Warze ausweicht, dreht sich auf den Faden, ist blitzschnell hinaus, wirft hinter sich die Tür ins Schloß.



Niemand mag es, ihn zu folgen. Er nimmt, ehe die da drinnen sich von der Katastrophe erholt haben, den Lift, der für ihn allein bestimmt ist, verhaftet in den Abgrund. Unbemerkter verläßt er das Haus durch die kleine, ihm allein zugängliche Pforte... irgend so ein blaublauer Mensch, der dort irgendwelche Elektrikerarbeiten erledigt, ist der einzige Zeuge seines Verschwindens.

Südwärts läuft er den Broadway entlang, stürmt mit solcher Hast, daß die Sicherheitsleute, die ihn sofort ins Auge fassen, ihn im Nu aus der Sicht verlieren. Blind und gelähmt sein... Unsinn und Idioterie: der Broadway heult und donnert doch wie sonst, wie sonst leuchten die Flammenzeichen der Telegramme auf: Eradoc hat dem Schwergewichtsmeister Bomberton das Genick gebrochen, Ethel Barry heiratet den Fürsten zu Wied, in Sibirien ist ein heiliger aufgetaucht, der Wunder tut und Kranke heilt, das Medium Peggy Croy hat den Geist Washingtons befragt und ermittelt, daß er seine Erfolge dem Gebrauch von Doktor Robertsons Kierentee verdanke... alles wie sonst, alles wie sonst!

An der Ecke der Fünften Straße bleibt er eine Weile stehen, sieht sich um: der Konteur von vorhin scheint sich von Elihu Grants Spuren nicht trennen zu wollen, man sieht ihn, ohne daß man dem besondere Beachtung schenkt, hinter den riesigen Papierwänden der „Manhattan-Post“ verschwinden. Inzwischen wird die riesige Eisenbahnkatastrophe von Kebraska ausgeschrien, ein irischer Zeitungsjunge hat vor fünf Minuten ein unbeaufsichtigtes Kind aus der Brandung der Automobile gerettet, er wird für die Morgenblätter photographiert, von einem Reporter schwarm nach seiner Vergangenheit, seiner Ansicht über Tammany-Hall, nach den Mädchennamen und den Lieblingsgerichten seiner Urgroßtante gefragt und wird in fünf Minuten von irgendeinem ehrenhaften Bürger adeptiert sein... ganz unten, wo dicht bei Battery der Untrutz seine neuen Silikonlagen bauen läßt, sieht man in dem höllischen Scheinwerferstrahl kleine Figuren wie Eichlater über das Gebälke hüpfen.

Kennort, Arbeit, Menschheitsfortschritt und Optimismus... nein, es ist unmöglich, hier an Tod und Auflösung zu glauben! Und trotzdem läuft er, von irgendeinem Dämon getrieben, die Straße hinab, kehrt, ohne es zu wissen, um, biegt ganz mechanisch nach Osten ab, irrt eine halbe Stunde herum, sieht sich plötzlich in stillen, seltsam farbenfroh beleuchteten Straßen mit Orchestrongedudel und hermetisch geschlossenen Fensterläden an den niederen Häusern: ja, bei Gott, der große Elihu Grant, der seit mehr als einem Jahrzehnt keinem Weib mehr Beachtung geschenkt hat, als einem gut gezüchteten Ring-Charles-Fund, er ist in den Herberlein-Diffusi in das Zentrum des Mädchen-Weltmarktes geraten!

Es riecht nach Schminke und Weibersleisch, Sicherheitsketten klirren an verrosteten gewölbten Türen, ein mulattischer Dandy wird in übler

des räterussischen Systems. Stalin versucht jetzt, Europa fester in die Zange zu nehmen. Es wäre ein Triumph der bolschewistischen Agitation, wenn über Spanien die Sowjet- embleme flattern würden. Zwar hat Litwinow, der russische Außenminister, in Genf erklärt, daß Rußland nur friedliche Absichten habe und den Frieden brauche. Aber das ist die Verklappung nach außen. Es braucht den politischen Frieden, um desto besser gesellschaftliche Zerstörungen anrichten zu können. Sowjetrußland ist ohne ein Hintreiben zur Weltrevolution gar nicht denkbar. Sie ist das Fundament seiner Existenz. Es setzt den Hebel dazu an verschiedenen Punkten an. In Asien beunruhigt oder zerstört es die Märkte für europäische Waren durch Entfesselung politischer Unruhen unter den Eingeborenen. Wir sehen Sowjetagenten in höchsten Stellen wirken in Indien, in China, auf den Sundainseln, in Hinterindien. Nationale Instinkte werden wachgerufen gegen die europäische Ware. Ein großer Teil der europäischen Arbeitslosigkeit beruht darauf. Durch sein Dumping drückt Moskau die Warenpreise auf den europäischen Märkten selbst. Es genügen schon kleinere Mengen, um einen Ertrag europäischer Indu-

Frankreich gegen jede deutsch-österreichische Zollunion



Die Einigung Europas geht mit Riesenschritten rückwärts.



strien unmöglich zu machen und neue Arbeitslosigkeit heraufzubeschwören.

Was Sowjetrußland will, wird ihm erleichtert durch die Verhältnisse im Europa der Nachkriegszeit. Wir wollen hier nicht die Leiden des mitteleuropäischen Raumes (Deutschland, Oesterreich) aufzählen, wir bemerken mit Schrecken, daß der geistige Abstand zwischen den Völkern Europas immer größer wird; wir sehen, daß Instrumente des Friedens, wie der Völkerbund, beginnen, Instrumente des Chauvinismus Frankreichs zu werden. Wir erleben eine fieberhafte Aufrüstung der westlichen Länder mit den aus dem ausgepowerten Deutschland herausgepreßten Milliarden. Wir erleben Abrüstungskonferenzen, die ein Hohr auf das Wort Abrüstung sind. Die deutsch-österreichische Zollunion stieß bei den Genfer Beratungen auf Widerstände Frankreichs und seiner Vasallenstaaten, deren „Beweiskraft“ mehr als zweifelhaft war. Nur nicht europäisch denken, nur nicht große Räume und die Zukunft Europas sehen, klein denken, nationalistisch denken — aber daran wird Europa gegenüber der Macht Sowjetrußlands zerbrechen, wenn es sich nicht doch noch rechtzeitig besinnt.

Jedoch, man will Deutschlands Lasten nicht erleichtern. Es soll zahlen. Aber indem Deutschland Reparationen zahlt, muß notwendigerweise der Weltmarkt

Verfassung irgendwo von Weiberfäusten ermittelt. Die Geheimpolizei patrouilliert im Häuserschatten; ein britischer Steuermann, dem die Brieftasche gestohlen worden ist, trompetet Rache, Vernichtung, Weltuntergang... Elihu Grant begreift allmählich, wo er ist. Und nun sind es vielleicht diese rosensfarbenen Ampeln, die obnoxious Intervalle der Gassenhauer, die Wolken von billigem Parfüm: plötzlich muß er an die unerschämte Frage dieses La Bossière denken... aus der längst verblaßten Erinnerung des ehemaligen Kesselheizers taucht das emaillierte Gesicht einer billigen Dirne auf... irgendein erhandeltes Liebesabenteuer, das er vor Jahrzehnten erlebt hat.

Nun steht er still, denkt nach. Hier war es, ja! Muß er wirklich erblinden, trägt er wirklich, wie diese beiden Aerzte es behaupten, die Pest im Blute... hier war es, hier kam es über ihn!

Er heult auf vor Wut, rennt plötzlich wie ein gereizter Büffel gegen ein rotaberocktes und patzschulidustendes Wesen an, das, flankiert von zwei imitierten Wildwestjünglingen, ihm entgegenkommt, er rüttelt sie in seinem Grimm gegen alles was Weib ist an den Armen, staucht das kreischende Geschöpf schließlich auf das Pflaster nieder.

Er ist wahnsinnig genug, die allgemeinen amerikanischen Ritterlichkeitsbegriffe samt den speziellen des Terderloin-Distriktes zu verleihen: im nächsten Augenblick muß er mit seiner ganzen Bärenkraft zwei stirnlockige Gentlemen abschütteln, die sich an seine Kehle gehängt haben, in seiner Wut bemerkt er es kaum, daß es die Geheimpolizei ist, die diese Rauferei beendet, nachdem sie nun einmal mit einigem Bestreben die Anwesenheit des Unirustpräsidenten hier im Bordellviertel festgestellt hat.

Und weiter rennt er in seiner Wut über diesen gottverfluchten Körper, der nicht mehr gehorchen will... rennt durch die endlosen Straßen der östlichen Unterstadt, wo in engen Wohnungen der Neuporker Mittelstand seinem Schicksal entgegenreißt, an den Folgen der Arbeitshege, an Leberkrebs oder verkalkten Herzarterien zu sterben... rennt durch die verdödete Wallstreet, kommt an Exchange-Office vorüber. Still ist nun dieses Herz der Welt, die Börse liegt mit ihren erlöschenden Fensterhöhlen da wie ein Spulhaus. Kalter Wind pfeift von Nassau-Street herüber, jagt wie Irrewische Zeitungsseiten, zusammengeschaltete Telegramme, Kurszettel. Elihu Grant steht und starrt hinauf: es ist nicht gut, allein einen Ort

zu betreten, zu dem ein Menschenstrom gehört... oben, in den Fenstern, so erzählt der Neuporker Aberglaube, zeigten sich nächtlings zuweilen die Klagegeister derer, die nach amerikanischem Recht eine verfehlte Spekulation auf den Rädern des Subway bezahlt haben...

Tritte sind in der stillen Straße hinter ihm her... Tritte, Tritte. Bei Nassau-Street biebt er stehen, dreht sich, erinnert sich flüchtig des Elektrikers, der mit ihm zusammen Unirust-Building verlassen hat, glaubt ihn zu erkennen, hat ihn im nächsten Augenblick schon aus dem Auge verloren.

Da der Gedanke an den Tod hinter ihm her ist wie der Tritt dieses Unbekannten da, so läuft er weiter, läuft durch anonyme, verschollene Gassen mit unbewohnten Ruinen, findet sich schließlich in einem düsternen, ziemlich schmutzigen Winkel wieder, ganz nahe bei dem westlichen Kopf von Brooklyn-Bridge.

Ungeheuerlich ist Neupork... Völkerwanderungen vollziehen sich hier, Jahr für Jahr, von denen kein Mensch etwas weiß: vor kurzem waren diese Gassen noch von Ungarn bewohnt, nun hat der letzte Schub ruthenischer Juden Besitz ergriffen von den armseligen Höhlen. Durch alle Stille ringsum psalmobiert ein Chorus von Männerstimmen... deutsche, englische Brocken schwimmen vereinzelt im südländischen Slang: dort unten hinter den erleuchteten Kellerfenstern, vor zerlumpten Vorhängen und alten Journalbildern, die man mit Brotteig an die Kalkwände geklebt hat, steht zwischen Tomballeuchtern ein Sarg aus ungehobelten Brettern. Alte Juden mit stehenden, hoffnungslosen Augen starren auf das Haus des toten Gefährten, mechanisch sprechen die Lippen die monotonen Totengebete, daß es einsam und ganz greulich in die Stille schallt: durch die heiße, baumlose Ebene Spriens schreitet mit dem Schwerte der Todesengel, Steingrüfte sperren ihre Kiefer auf, zermalmen das strohende Menschenfleisch und seine Hoffnung auf Ewigkeit und Auferstehung...

Ein Schwaden wie von modernem Laub kommt, weiß Gott woher, zu dem lauschenden Wanderer da draußen, er schüttelt sich und läuft davon. Durch neue, ganz unmögliche Gassen läuft er, stolpert über den Kadaver einer vergifteten Kage und rennt in einem neuen Schwindelansfall gegen den morschen Pfahl einer Petroleumlampe. Endlich, als es vorüber ist, steht er die Lichter des Osthafens, sieht in den Scheinwerferbahnen der Schlepper die fröhlichen, ausgeruhten Gesichter der Führer, der Schauerleute, der Dockarbeiter, die zur Nachtzeit auf die

darunter leiden. 2 Milliarden Reichsmark jährliche Reparation bedeutet einen Kaufkraftausfall von einer Million Menschen, wenn wir ein Jahreseinkommen von 2000 RM je Person zugrunde legen würden. Der durch die Kriegsschuldenzahlung von 10 Milliarden Reichsmark der letzten Jahre entstandene Kaufkraftausfall von 5 Millionen Menschen kehrt in den 5 Millionen deutschen Arbeitslosen wieder. Der Amerikaner Willard sagt, daß es eine Grenze der Menschlichkeit gebe, unter die der Lebensstandard keines Volkes hinabgedrückt werden dürfte. Die Masse des deutschen Volkes habe, so schreibt Willard, diese Grenze erreicht. Heute hätten nicht weniger als 16 Millionen Deutsche ein jährliches Einkommen von weniger als 600 RM.

Es sollte keiner weiteren Worte bedürfen, um zu zeigen, wohin ein weiterer wirtschaftlicher Niederdruck auf Deutschland führt. Zu internationalen Konflikten, zu steigenden Lebensmittelpreisen, zum Anwachsen reaktionärer Elemente und zur wachsenden Möglichkeit einer Diktatur.

Ein zerrüttetes Deutschland aber bedeutet ein zerrüttetes Europa, und ein zerrüttetes Europa ein Zusammenbruch der weißen Herrschaft in der Welt. Die Vorzeichen dafür mehren sich. Und wenn Deutschland vom Westen her weiter so bedrückt und bedrängt wird, glaubt man denn, daß Deutschland und vor allem die heranwachsende deutsche Generation das Jahrzehntlang mitmachen, ohne nach irgendeiner Hilfe auszusuchen, und käme sie gar von Osten? Die Gläubigerstaaten haben es allein in der Hand, ob der Bolschewismus nur ein Experiment bleibt oder ob er einmal Europa in Brand setzen wird. Die Befriedung des mitteleuropäischen Raumes, eine endgültige Revision der Tributlasten, eine Auskehr der Wirtschaftsanarchie und eine Regelung der unvernünftigen Zollmaßnahmen in ganz Europa sind die notwendigen Voraussetzungen zum Schutz Europas gegen den Bolschewismus. Wir als christliche deutsche Arbeiterbewegung haben die Verpflichtung, auch nach dieser Seite hin durch unsere internationalen Verbindungen zu wirken. Wbr.

Verbandsgebiet

Behdorf gibt Rechenschaft

Unsere Jahreskonferenz hatte wieder einmal einen sehr guten Besuch von Mitarbeitern aufzuweisen. Waren doch alle interessiert, was im verfloffenen Jahre von der Geschäftsstelle geleistet worden war. Nachdem Kollege Andree einen Rückblick warf über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere behandelnd das Jahr 1930 mit seinen Krisenercheinungen auf allen Gebieten, dabei die Aktionen, welche von seiten des Christlichen Metallarbeiterverbandes gegen Lohnabbau, auf sozial-politischem Gebiete und zur Preisenkung unternommen worden waren, besonders stark hervorhebend, ging er zum Bericht über die innere Gewerkschaftsarbeit der Verwaltungsstelle über. Aus diesem Bericht ging hervor, daß die Tätigkeit der Geschäftsstelle auch im verfloffenen Jahre wieder ziemlich umfangreich war. Insgesamt wurden auf der Geschäftsstelle 5033 Schriftstücke, Einladungen, Rundschreiben usw., angefertigt. An Postfachen wurden verschickt 746 Karten, 449 Briefe, 17 Pakete und 3109 Druckfachen. Versammlungen, Sitzungen, Konferenzen usw. fanden 215 statt. Lohnverhandlungen, Verhandlungen am Schlichtungsausschuß, Arbeitsgericht, Arbeitsamt, Oberversicherungsamt usw. wurden 61mal getätigt. Insgesamt 276 Verhandlungen, Versammlungen usw. Rechtsauskunft bzw. Rechtsschutz wurde insgesamt in 260 Fällen erteilt. Hierfür waren allein 337 Schriftsätze erforderlich.

Der Barerfolg für die Mitglieder war nicht unbedeutend. Von den gemeldeten 159 Resultaten hatten 93 Erfolg, 43 einen teilweisen Erfolg und 23 war der Erfolg versagt. 24 Sachen waren zu Ende des Jahres noch nicht erledigt. Der Barerfolg der gemeldeten 159 Resultate war 11 307,60 RM, ohne sonstige Erfolge. So konnten u. a. noch durch vermittelndes Eingreifen der Geschäftsstelle 68 500 RM Baudarlehen Baulustigen zugewandt werden.

Die finanzielle Entwicklung war trotz des Krisenjahres eine gute, wenn auch auf der Ausgabenseite die Ausgaben für Unterstützungen sich verdreifacht hatten. Aufnahmen und Uebertritte waren 129 zu verzeichnen.

Kollege Andree dankte allen Mitarbeitern, da ja nur durch ihre tatkräftige Mitarbeit alle diese Erfolge erzielt worden waren, und bat, auch in Zukunft dem Verbands diese Unterstützung weiter zuteil werden zu lassen. Die Kassenprüfer gaben Bericht, daß die Kasse in Ordnung sei und beantragten, der Leitung Entlastung zu erteilen, dem auch entsprochen wurde.

Die Diskussionsredner sprachen namens ihrer Kollegen dem Geschäftsführer den Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Die Einigkeit der Konferenz bekundete sich darin, daß der alte Verwaltungsvorstand en bloc wieder gewählt wurde. Und mit dieser Einigkeit soll es auch in diesem Jahr aufwärts und vorwärts gehen in Behdorf. An.

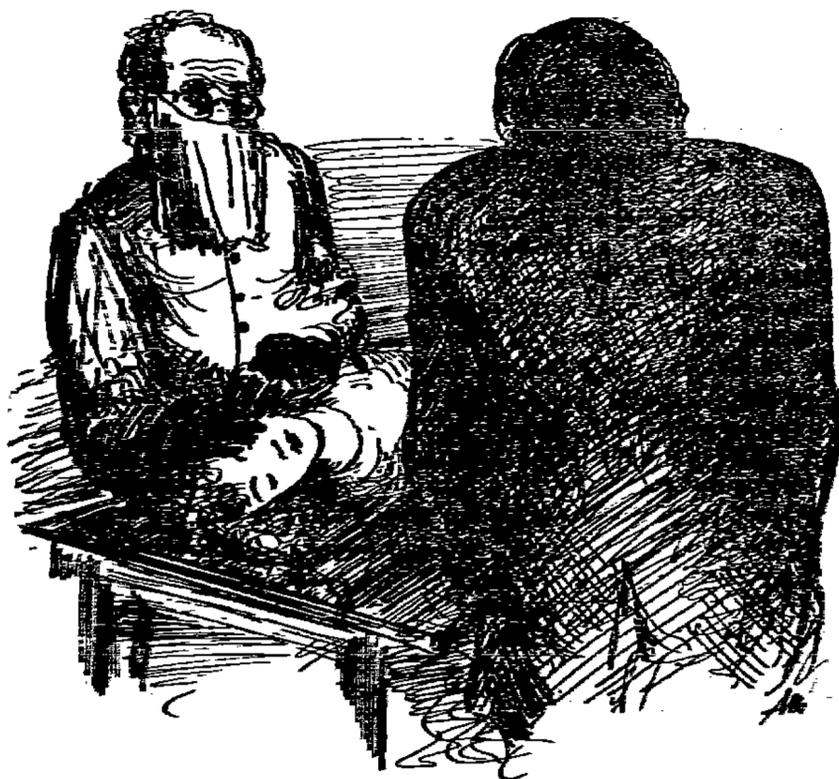
Staatswertern ziehen und noch so viele Tage frohgemuter Männerlebens vor sich haben. Abermals wendet er sich ab, läuft stracks über die Brücke, durchrast eine kurze Straße, steht plötzlich vor den Riesenmassen des Krankenhauses, das er vor drei Jahren gestiftet hat.

Ein nicht zu Ende gedachter Wunsch zuckt durch sein Hirn, er tritt ein. Ein Pförtner führt aus dem Schlaf, eine verwirrte Oberin wird gerufen, ein dienstuender Arzt begrüßt den Gewaltigen. Elihu Grant schnauzt, spuckt respektlos aus im weitem Bogen auf die heiligen Fliesen: Krankensäle — Unikum! Den Tod will er sehen, die Sektionsräume sollen geöffnet werden!

Der Arzt verneigt sich kaum vor dem leichten Spüren des Sänen da, der mitten in der Nacht eine Sektion anbefiehlt, irgendwo wird ein fluchender Projektor aus dem Schlafe gerüttelt, nach zehn Minuten ist man dort, wo man sein will.

Gut also, hier in dem eingekühlten Räume liegen auf ihren blühfaubereu Marmorplatten splitternacht die Stützen, die Elihu Grants Hospital demnach für immer zu verlassen gedenken, die Kreidestift auf den Holztafeln zu ihren Säulen verzeichnet ihre Namen und wohl auch ihr überwundenes Leiden: der Italiener Ragioni, dem auf der Central-Station ein Pulkmann die Brust eingedrückt hat... der Despejehabote Mac Sinton, im Wäpferzeit vom Schlaglump getroffen... die arme junge Dolly Koppel endlich, die von einer bössartigen Geschwulst gemordet ist: ach, Schmerzen, grimmige Schmerzen... erblindete Augen... alle Martyrerkleiden gehängt auf dieses junge Geschöpf, dem der Tod einen Schimmer seiner Schönheit noch gelassen hat! Elihu Grant horcht auf bei dieser Krankengeschichte, er weiß mit dem Finger auf die kleine arme Dolly Koppel. Der Projektor streift die Gummihandschuhe auf, der Wärter, ängstlich blickend vor Dienstleister, innerlich fluchend über diese verrückte Störung seiner Nachtruhe, greift in das tote Frauenhaar, das Koffer zieht seine Schmitze, eine dicke, lebende Hand fast schatz zu... ach, ach, habt ihr je den Jammer eines Krankeuaufluges gesehen, das man von hinten, von innen gemüßemachen erblickt!

Die Säge knirscht, das Stimmweihen knarrt, wie eine Kupfelle öffnet sich die Schädelkappe, der Arzt beginnt zu erklären: hier in der Stirnhöhle die weißen Knoten, mit denen der Tod sein Werk begonnen hat, in den Lymphdrüsen der Schädelbasis hier, in den Jannwindungen die



seinen Tochtergeschwülste... die Verödung der Retina, der Jammer, das Martyrium...

Insmertham schaut Elihu Grant auf die Arbeit des Messers; man kann nicht jagen, daß er, dem solche Bilder doch fremd sind, die Farbe gemischt hat. Er unterbricht kurzzeitig den Arzt: „Das Leben, Doktor... die Seele... ich will wissen, wo das Leben gefessen hat.“ Er hat noch immer sehr primitive Vorstellungen, der ehemalige Kesselheizer...

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht

Sozialversicherung

Nummer 6

Duisburg, den 30. Mai 1931

Nummer 6

Änderung der Unfallversicherung??



Wir haben im Hauptteil berichtet, in welcher Art und mit welchen Vorschlägen Herr Senatspräsident Behrend die Spruchbehörden der Unfallversicherung „entlasten“ will. Selbstverständlich nur auf Kosten der Versicherten. Und wir haben in dem erwähnten Artikel auch hingewiesen auf die „Vorschläge zur Änderung der Unfallversicherung“, welche die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereine und der Reichsverband des deutschen Handwerks in einer Eingabe dem Reichsarbeitsministerium unterbreitet haben. Es muß in diesem Zusammenhang auch hingewiesen werden auf zwei Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“, die im Februar erschienen sind. Der erste Artikel sollte „lediglich eine Orientierung über die in Fachkreisen umgehenden Bestrebungen geben, ohne dazu Stellung zu nehmen“. Im zweiten Artikel wird dazu „aus wirtschaftlichen Kreisen geschrieben“. Beide Artikel enthalten sonderbarerweise alle Vorschläge, welche in der Eingabe der Arbeitgeberverbände stehen, so daß man unwillkürlich zu der Annahme kommt, daß zwischen den beiden Verlautbarungen irgendeine Verbindung besteht. Das ist gegenüber der sonstigen Haltung der „K. V.“ deshalb bedauerlich, weil die in den Artikeln genannten Vorschläge eine ganz bedeutende Verschlechterung der Unfallversicherung darstellen. Daß die Arbeitgeberverbände solche Vorschläge machen, ist weiter nicht verwunderlich. Ihr Ziel geht nun einmal darauf hinaus, die Arbeiterschaft niederzuringen. Diesen Zielstreben dienen auch die fortwährenden Angriffe auf die einzelnen Zweige der Sozialversicherung, im gegenwärtigen Falle auf die Unfallversicherung. In welcher umfangreicher und tiefeinschneidender Weise man die Unfallversicherung umändern will, geht aus den folgenden Ausführungen hervor.

Wegeunfälle sollen künftig nicht mehr entschädigt werden. Jahrzehntlang hat die Arbeiterschaft gekämpft um eine Gesetzesbestimmung, nach welcher Unfälle, welche auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte passieren, als Betriebsunfälle anerkannt und entschädigt werden. Durch das zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 ist es endlich gelungen, im § 545 a RVO. diese Gesetzesbestimmung zu bekommen, und sie ist tatsächlich ein großer Vorteil für die Arbeiterschaft. Dieser Vorteil soll nun wieder beseitigt werden, da es sich bei den Wegeunfällen um „öffentliche Verkehrsunfälle“ handelt, die mit den Aufgaben der Unfallversicherung wenig zu tun hätten, „zumal für den Unternehmer keine Möglichkeit bestehe, rechtlich einen Einfluß auf die Verkehrsregelung, die Verkehrsüberwachung und auf das Verhalten der Versicherten im Verkehr auszuüben“.

Die Berufsfürsorge soll auf Schwerbeschädigte beschränkt werden. Nach § 558 hat die Berufsgenossenschaft bei Verletzung Krankenbehandlung und Berufsfürsorge zu gewähren. Dieselbe umfaßt berufliche Ausbildung zur Wiedergewinnung oder Erhöhung der Erwerbsfähigkeit, nötigenfalls Ausbildung für einen neuen Beruf und Hilfe zur Erlangung einer Arbeitsstelle (§ 558 f.). Es soll also der Verletzte wieder zu einem möglichst vollwertigen Arbeiter gemacht werden. Nach dem geltenden Recht hat jeder Verletzte, wenn er durch den Unfall entsprechend geschädigt ist, Anspruch auf Berufsfürsorge. Nach den Vorschlägen der Unternehmer soll diese Vergünstigung nur noch Schwerbeschädigten zugute kommen, weil Verletzte mit weniger als 50 v. H. Erwerbseinkunft „sich aus eigener Kraft helfen können“.

Renten unter 25 v. H. sollen wegfallen. Man sagt: „Die Renten unter 20 v. H. verursachen viel Kosten und Verwaltungsarbeit, nützen aber dem Versicherten wenig. Eine

Rente von 10 v. H. der Vollrente würde 5 bis 10 RM monatlich betragen.“ Bei einem Einkommen von 1800 RM jährlich beträgt eine Rente von 10 v. H. monatlich 10 RM. Der Mann, der schreibt, 10 RM monatlich nützen dem Versicherten wenig, hat infolge seiner guten finanziellen Verhältnisse eben kein Verständnis für den Wert oder Unwert von 10 RM im Arbeiterhaushalt. Sie spielen gerade heute eine sehr große Rolle und sind für den Verletzten wahrhaftig keine „Bagatelle“. Das trifft erst recht zu für die Renten von 20 und 25 v. H. Meist sind die Rentenbeträge auch nur ein Ausgleich für Minderverdienst infolge des Unfalls.

Die Renten sollen auch gekürzt werden durch Verschlechterung der Berechnungsgrundlage. Nach § 559 a RVO. beträgt die Rente, solange der Verletzte infolge des Unfalles völlig erwerbsunfähig ist, zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes. Das ist die sogenannte Vollrente. Aus ihr errechnet sich nach dem Maße der Einbuße an Erwerbsfähigkeit die Teilrente. Diese Berechnungsgrundlage soll nun geändert werden, indem bei den Renten über 50 v. H. der Jahresarbeitsverdienst mit etwa sieben Zehnteln und bei Renten unter 50 v. H. mit etwa fünf Zehnteln statt bisher zwei Drittel zugrunde gelegt werden soll. Wie wirkt sich das finanziell aus? Angenommen, ein Verletzter hat einen Jahresarbeitsverdienst von 2100 RM. Nach dem geltenden Recht würde seine Vollrente 1400 RM betragen, eine 50prozentige Teilrente 700 RM, eine 40prozentige 560 RM pro Jahr. Nach dem neuen Vorschlag würde seine Vollrente, wenn er Schwerbeschädigter mit mindestens 50 v. H. Erwerbseinkunft wäre, 1470 RM betragen, eine 50prozentige Teilrente 735 RM. Die Schwerbeschädigten würden demnach etwas gewinnen. Um so mehr würden aber die Nichtschwerbeschädigten, die unter 50 v. H. Rente beziehen und die die überwiegende Mehrheit sind, verlieren. Bei demselben Jahresarbeitsverdienst von 2100 RM beträgt z. B. eine 40prozentige Rente nach dem geltenden Recht 560 RM pro Jahr, nach dem neuen Vorschlag jedoch nur 420 RM, bei einer 30prozentigen Rente nach dem geltenden Recht 420 RM, nach dem neuen Vorschlag nur 315 RM. Die Verschlechterung ist also ganz augenfällig.

Das Tages- und Familiengeld soll in bestimmten Fällen aufgehoben werden. Während der Heilanstalts- oder Anstaltspflege des Verletzten erhalten die Angehörigen nach § 559 e RVO. ein Familiengeld in Höhe der Rente, die ihnen bei seinem Tode zustehen würde. Der Verletzte erhält ein Tagesgeld in Höhe von jährlich einem Zwanzigstel des Jahresarbeitsverdienstes. Diese Bezüge sollen künftig ruhen, wenn und solange der Verletzte während der Dauer der Heilanstaltspflege Arbeitsentgelt bezieht. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Die Höchstgrenze der Hinterbliebenengesamterente soll von 80 auf 60% herabgesetzt werden. Nach § 588 RVO. erhält die Witwe eines Unfallverletzten eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes. Hat sie durch Krankheit oder andere Gebrechen wenigstens die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren, so erhält sie zwei Fünftel. Jedes Kind erhält eine Rente von einem Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahre. Erhält das Kind darüber hinaus Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente für deren Dauer gewährt, jedoch nicht über das vollendete ein- undzwanzigste Lebensjahr hinaus. Ist das Kind bei Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu erhalten, so wird die Rente gewährt, solange der Zustand dauert. Hinterläßt der Verstorbene Verwandte der aufsteigenden Linie, die er wesentlich aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, so ist ihnen für die Dauer der Bedürftigkeit nach § 593 RVO. eine Rente von zusammen einem

Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren. Den Eltern ist die Rente vor den Großeltern zu gewähren. Diese gesetzlichen Bestimmungen werden durch § 595 insofern eingeschränkt, als bestimmt ist, daß die Renten der Hinterbliebenen zusammen vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen dürfen. Träfe das doch zu, dann werden sie gekürzt, und zwar bei Ehegatten, Kindern und Enkeln gleichmäßig; Verwandte der aufsteigenden Linie haben nur Anspruch, soweit Ehegatten, Kinder und Enkel diese vier Fünftel nicht erschöpfen.

Die Reformvorschläge gehen nun darauf hinaus, statt einem Höchstbetrag an Hinterbliebenenrente von vier Fünfteln nur einen solchen von drei Fünfteln zuzulassen, weil in manchen Fällen der Unterschied zwischen den Bezügen der Vollrentenbezieher mit Kindern und denen der Witwe mit Kindern nur 20 v. H. des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. Es sind in einem Artikel der „K. V.“ noch zwei Beispiele erwähnt, nach welchen der Unterschied noch kleiner ist oder ganz verschwindet. Ein Vollrentner mit drei Kindern bezieht 86 2/3% seines Jahresarbeitsverdienstes, die Witwe mit gleicher Kinderzahl 80%. Ein Vollrentner mit zwei Kindern bezieht 80% und eine invalide Witwe mit zwei Kindern ebenfalls 80%. Ob es notwendig ist, wegen dieser versicherungstechnisch tatsächlich günstigen, aber wohl seltenen Fälle generelle Verschlechterungen einzuführen, kann füglich bezweifelt werden.

Die einmalige Witwenbeihilfe soll ganz wegfallen. Nach § 595 a hat die Witwe eines Schwerverletzten, die keinen Anspruch auf Witwenrente hat, weil der Tod des Verletzten nicht Folge eines Unfalles war, Anspruch auf eine einmalige Witwenbeihilfe in Höhe von zwei Fünfteln des Jahresarbeitsverdienstes. Man jagt nun: Witwen von Verletzten, die nicht unfallverletzt waren und gestorben sind, erhalten von der Unfallversicherung nichts, also brauchen Witwen von Schwerverletzten, deren Tod nicht Folge eines Unfalles ist, auch nichts. Die einmalige Witwenbeihilfe könne deshalb „ganz ohne Bedenken“ wegfallen.

Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege soll beseitigt werden. Diesen Vorschlag macht ja auch Senatspräsident Behrend in Berlin. Es wird von dem Standpunkt ausgegangen, daß in den letzten Jahren sehr viele Anträge auf Renten gestellt wurden, die tatsächlich keine Aussicht auf Erfolg hatten. So wurden im Jahre 1930 beim Reichsversicherungsamt, also bei der höchsten Instanz in der Rechtspflege, allein in der Unfallversicherung 10 815 Rechtsfälle abhängig gemacht, davon 8260 oder 76,4% von den Versicherten. 8028 Fälle waren noch vom Vorjahr rückständig, so daß zur Erledigung standen 18 843 Fälle. Von dieser Gesamtzahl waren am Schlusse des Jahres 8955 gleich 47,5% unerledigt geblieben. Ein sehr bedenklicher Zustand. Noch bedenklicher ist aber der Ausgang der erledigten Fälle. 6802 Fälle wurden durch Verfügung des Senatspräsidenten nach § 1713 RVO. erledigt, und zwar 1371 gleich 20,2% weil unzulässig, 400 gleich 5,9% wegen verspäteter Einlegung des Rechtsmittels, 3682 gleich 54,1% weil aussichtslos, 293 gleich 4,3% wurden an die Vorinstanz zurückverwiesen, und 1056 gleich 15,5% wurden durch Zurücknahme, Vergleich usw. erledigt. Von den 3086 durch Urteil erledigten Sachen wurden 1755 zurückgewiesen, so daß mit den durch den Senatspräsidenten als unzulässig, verspätet oder aussichtslos erledigten Fällen 7208 gleich 72,9% zuungunsten der Versicherten ausgingen. Das ist und bleibt ein ungeheures Verhältnis auch dann, wenn man annimmt, daß in zahlreichen Fällen ein Fehlurteil zuungunsten der Versicherten erfolgte. Hier muß eine Änderung erfolgen, vor allem dadurch, daß die organisierte Arbeiterschaft über die gesetzlichen Bestimmungen intensiver aufgeklärt wird, damit über sie die breiten Massen Verständnis dafür bekommen, daß nur bei tatsächlichen und wirklich meßbaren Schädigungen der Rechtsweg in der sozialen Gesetzgebung beschritten werden darf. Ein Krebschaden besteht zweifellos auch darin, daß sogenannte

„Rechtsbüros“, private Auskunftsteien usw. Schriftsätze anfertigen, nicht weil es notwendig und aussichtsreich ist, sondern weil damit die Existenz der Inhaber solcher Büros aufrechterhalten wird.

Die zwangsweise Abfindung von Renten soll erweitert werden. Nach § 616 RVO. kann eine Rente auch ohne Zustimmung des Verletzten abgefunden werden, wenn sie nicht mehr als 10% der Vollrente beträgt und seit dem Unfälle zwei Jahre vergangen sind. Die Abfindung beträgt in diesem Falle den dreifachen Betrag der Jahresrente. Beträgt die Rente eines Verletzten nicht mehr als 25% der Vollrente, so kann er mit seiner Zustimmung abgefunden werden. Künftig sollen Renten bis zu 33 1/3% abfindbar sein, allerdings nur mit Zustimmung des Versicherten. Für vorläufige Renten soll ein neuer § 616 a geschaffen werden, nach welchem die Genossenschaft den Verletzten nach Abschluß des Heilverfahrens in Höhe des voraussichtlichen Rentenaufwandes abfinden kann. Ist der Verletzte infolge des Unfalles nach Ablauf des Zeitraumes, der die Abfindung der vorläufigen Rente umfaßt, noch um ein Viertel oder mehr in seiner Erwerbstätigkeit beschränkt, so ist ihm auf Antrag Rente zu gewähren. Die Abfindung der vorläufigen Rente soll ohne Zustimmung des Verletzten möglich sein. Der Zweck dieser beabsichtigten Neuerung soll Entlastung an Verwaltungsarbeit sein. Praktisch geht er jedoch darauf hinaus, daß ein erheblicher Teil Verletzter mit einer geringen Summe zwangsmäßig vorläufig abgefunden wird, daß beim späteren Antrag auf Rente Gewöhnung vorgeschützt und so zahlreiche Renten eingespart werden. Bedeutsam ist, daß durch die endgültige Abfindung auch der bisher aufrechterhaltene Anspruch auf Krankenbehandlung und Berufsfürsorge wegfällt.

Die Krankenkassen sollen mehr belastet werden. Nach § 1505 RVO. haben die Krankenkassen für ihre Leistungen an Unfallverletzte während der ersten acht Wochen keinen Anspruch auf Rückerstattung an die Träger der Unfallversicherung. Soweit keine anderen Leistungen in Frage kommen als die, welche die Krankenkasse auf Grund der Krankenversicherung zu leisten hat, soll diese Frist auf 13 Wochen ausgedehnt werden. Damit soll die Unfallversicherung entlastet und die Krankenversicherung belastet werden. Wahrscheinlich nur deshalb, weil diese Belastung stark zu Lasten der Arbeitnehmer geht.

Es wäre noch zu nennen die angestrebte Beseitigung der Gemeindelast der Berufsgenossenschaften nach § 715 a, womit die hauptsächlichsten Anträge der Arbeitgeber angedeutet wären. Sie sind in ihrer Gesamtheit zweifellos von Bedeutung und können nicht mit einer Handbewegung erledigt werden. In manchen Punkten wird eine durchschlagende Widerlegung nicht einfach sein. Auf alle Fälle muß sich die Arbeiterschaft ernstlich damit befassen. Auch sie hat ein Interesse daran, daß die Aufwendungen für die Sozialversicherung nicht ins Ungemessene steigen. Andererseits hat sie aber auch das größte Interesse daran, das Bestehende möglichst vollständig über die Wirtschaftskrise hinwegzureden. Dazu gehört jedoch mehr als die bloße Erkenntnis, dazu gehört der feste entschlossene Wille zur Abwehr. Auf die kürzeste Formel gebracht: „Ohne starke, geschlossene gewerkschaftliche Organisation ist die Sozialversicherung in ihrer heutigen Form nicht zu halten.“ In dieser ernsten Situation muß die Arbeiterschaft aus ihrer Reserve heraus. Die in Arbeit stehenden und die arbeitslosen Mitglieder müssen zum Angriff übergehen. Die Unorganisierten müssen organisiert werden. Dabei muß jeder einzelne in seinem und seiner Familie Interesse Hand anlegen, muß jeder erfolgreicher Agitator sein. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, wo alle möglichen Kreise aus der Haut der Arbeiterschaft Riemen schneiden wollen, muß diese klar erkennen, daß ihre einzige Hilfe, ihre einzige Stütze, der Verband ist. Ihn zu stärken, ihm neue Mitglieder zuzuführen, ist das Gebot der Stunde. Je erfolgreicher das auf der ganzen Linie geschieht, um so sicherer und unüberwindlicher ist unsere Abwehr gegen Verschlechterungen der Sozialversicherung. Un.

Größenwahn in der Betriebsrätepraxis

Wahrscheinlich die „freien“ Gewerkschaften und Sozialisten niemals wahre Freunde von betrieblichen Arbeitervertretungen und vom Betriebsrätegesetz waren, sondern eher gegnerisch dazu eingestellt sind, halten doch ihre Anhänger in der Praxis nicht nur an diesen Einrichtungen fest, sondern versuchen, sie allein zu beherrschen und auszunutzen, jedoch nur für sich. Bei den diesmaligen Neuwahlen der Betriebsvertreter und nach denselben ist dabei vielfach das Schädliche von

ihnen geleistet worden. Mit geradezu unglaublichem Fanatismus, Schwindel, ja sogar durch Buhlen mit dem Arbeitgeber und mit dadurch erzeugtem Arbeitgeberdruck wird gearbeitet, um ihre Position zu halten und weiter zu festigen.

Wie schon allein aus den nachstehenden „Blüten“ dieser Sucht hervorgeht, wird der sozialistische Dreiklang „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ jetzt furchtbar stranguliert. Aus manchen Berichten geht übereinstimmend hervor, daß selbst Kommunisten anständiger waren als solche fanatisierte Gewerkschaftssozialisten. Selbst die

primitivsten Regeln der Wahlordnung und des Anstandes gegenüber anderer gewerkschaftlicher Gesinnung sind dabei nicht gehalten, sondern sogar offensichtlich verletzt worden. Und was erst wird im stillen vorgegangen sein?

So setzte in einem Falle ein solcher Betriebsrätehauptling durch, daß nur die Wahl des Vorsitzenden des Betriebsrats vorgenommen wurde. Selbstherrlich machte er sich auch gleich zum Vorsitzenden des Arbeiterrates. Eine besondere Wahl dazu hintertrieb er, weil er Angst hatte, hierbei zu unterliegen.

Ein anderer dieser Art, der auch gleichzeitig Vorsitzender des Wahlvorstandes war, blieb am Wahltag dem Auszählen der abgegebenen Stimmen fern, beauftragte aber zur Führung dieses Amtes seinen Stellvertreter im Betriebsrat, der dem Wahlvorstand überhaupt nicht angehörte, und dieses, ohne den beiden anderen Wahlvorstandsmitgliedern auch nur irgendwelche Mitteiligung davon zu machen. Dieser Mann hatte es auch fertig gebracht, daß für die „freien“ Vorschlagslisten bedeutend mehr Stimmzettel als für die christlichen hergestellt worden waren.

Ferner waren hier 10 zu beanstandende, ja ungültig abgegebene Stimmen, die sich gegen diesen Vorsitzenden richteten, „gültig“ gemacht worden. Auch in weiteren ähnlich liegenden Fällen ist so verfahren worden, indem solche zu beanstandene Stimmzettel, die für die „Freien“ abgegeben wurden, als „gültig“, aber solche, die für die Christlichen oder andere lauteten, als „ungültig“ abgetan wurden.

Dielsach sind von dieser Seite auch gewerkschaftlich richtige Neuwahlen überhaupt hintertrieben worden, indem von dieser Seite auf Kompromißwahlen bzw. auf nur eine Wahlvorschlagsliste stärkstens gedrängt worden ist. Wunsch und Kosten der Arbeitgeber wurden dabei bestens vorgeschützt oder als Nachdruck gebraucht. Nicht selten ist dabei mit dem „Wunsch von oben“ hantiert worden, die „alte Vertretung möge bleiben“, natürlich nur da, wo „man gut dazwischen“ war. Dabei sind die Führung der „freien“ Gewerkschaften und die Sozialdemokratie einzig und allein die Schuldigen an dem Blödsinn der jährlichen Neuwahlen der Betriebsvertreter und daß sie sogar jetzt in dieser Notzeit überhaupt noch vorgenommen werden mußten. Sie allein tragen die Schuld, wenn in dieser furchtbaren Not durch diese Wahlen die Betriebe, Gewerkschaften und Arbeitnehmer Geldern nutzlos vertun mußten, die sich insgesamt auf Millionen von Reichsmark belaufen und mit welchen neben der ebenfalls vergeudeten Kraft und Zeit Besseres für die Arbeiterschaft hätte geschehen können. Davon abgesehen, zeigen aber diese Vorgänge, daß auch diese sozialistischen Theorien oben für die Praxis unten wie die Faust aufs Auge passen.

Hochmut, Ueberhebung und Unduldsamkeit zeigte sich auch bei vielen Wahlen der Geschäftsführung. Hier betrachten es manche solcher „Demokraten“ und „Freiheitshelden“ als ihr „Privileg“, nur einzig und allein die Vorsitzendenämter, den Be-

triebsausschuß, Freigestellte und die wichtigsten Kommissionen zu besetzen. Nur das Schriftführeramt überläßt man gerne andern, weil hiermit die meiste Arbeit verbunden, aber auch größere Befähigung und Zuverlässigkeit erforderlich ist. Zur engeren Geschäftsführung wird jedoch der Schriftführer oft nicht zugelassen. Wie auch hier Dummheit und Stolz auf einem Holz wachsen, zeigt ein Fall, wo so ein aufgeblasener Betriebsratsvorsitzender auf ein Honig-Angebot der Firma wie folgt antwortete: „Liebe Firma. Mit dem Honig wird es nix. Der Betriebsrat (Unterschrift).“ Jeder vernünftige Schriftführer hätte die Offerte ohne weiteres in den Papierkorb geworfen oder zum wenigsten keine Antwort erteilt, mit der die Arbeiterschaft und Betriebsvertreter blamiert und verhöhnt werden.

Davon abgesehen, wollen auch solche Vorsitzende oder Freigestellte nur allein etwas zu sagen haben und alle Besorgungen selbst machen. In mehreren Betrieben und Vertretungen machten sie bekannt, daß alle Einzelwünsche und Beschwerden nur durch sie und nicht mehr durch andere Betriebsvertreter entgegengenommen und vertreten würden. Auch sonst wird hier zunehmend versucht, fast die ganze Rätetätigkeit an sich zu reißen und damit das Gesetz auszuhöhlen sowie die übrigen Vertreter als das fünfte Rad am Wagen herabzusetzen. Dabei wird nicht selten mit dem Jaunpfahl des Arbeitgebers gewinkt. Neben dem Größenwahn sind doch nur die Absichten dazu: Liebkind nach oben zu sein, Stimmung nach unten zu schaffen und kräftiger die Agitationstrommel zu schlagen. Dadurch halten sich überhaupt nur manche von dieser Art, und zwar obschon sie zur Führung des Amtes völlig ungeeignet sind und den wertvollen Zwecken des BRG. mehr schaden als nützen.

Natürlich sollen solche Fälle nicht verallgemeinert werden. Aber diesen stark zunehmenden Ausartungen muß stärker vorgebeugt und begegnet werden. Wo solche faule Wahlen und Praktiken aus Zweckmäßigkeitsgründen jetzt nicht angefochten und auch nicht öffentlich mit Name und Art angeprangert werden können, sind sie jedoch scharf im Auge zu behalten. Es bieten sich immer wieder Gelegenheiten, um das Fallen dieses Hochmutes zu beschleunigen, und es sollte nicht damit gewartet werden, bis er von selbst zusammenbricht.

Dieser neue Hochmut ist nicht unwesentlich auch durch „Marxistentöter“ selbst gezüchtet worden, indem Nazi, Stahlhelmer, nationale Verbände usw. bei den letzten Betriebsvertreterwahlen selbständig mit viel Geschrei und wenig oder gar keiner Wille vorgingen. Sie haben dadurch die nicht-marxistische christlich-nationale Position geschwächt, aber die marxistische gestärkt, deren Leute unnötigerweise aufgeputzt und selbst nichts zuwege gebracht. Auch in diesem Sinne haben wir bei den darauf hereingefallenen wenigen Arbeitskollegen für Aufklärung zu sorgen, damit ein solcher Mißbrauch des Gesetzes und eine solche Hilfe unserer Gegner in Zukunft unterbleibt. M.

Für unsere Jungen:

Barbarossas Kreuzzug

Konrad von Bolanden.

XIII.

Bei jedem Fliehe Eppos sanken die Feinde mit zerschmetterten Schädeln zu Boden, und dann ergriffen Schrecken und Entsetzen die ganze Schar. „Der Teufel — der Teufel!“ riefen sie und stoben in die Schlucht hinein.

Herr Eppo schaute den Fliehenden nach und erkannte, daß er im Schnelllaufen mit den Bulgaren es nicht aufnehmen könne. Dagegen bemerkte er, daß in einiger Entfernung die Schlucht in einen Bergkessel sich ausweitete und mit hohen, senkrechten Felswänden abschloß, somit die Bulgaren gleichsam in der Falle saßen. Dessen freute sich Herr Eppo.

„Die Ratten sind gefangen, — das Raubzeug muß unschädlich gemacht werden“, jagte er und begann die Schlucht emporzusteigen.

Da schallte furchtbares Getöse und Geschrei durch das Tal. Augenscheinlich war eine dritte Schar hervorgebrochen, die, nach dem Lärm zu schließen, sehr zahlreich sein mußte. Grävensteinkehrte um. Als er zum Ausgang der Schlucht gelangte, sprang gerade Diebold von Passau an der Spitze seiner Ritter vorbei.

„Dort unten bin ich jetzt überflüssig, aber da droben muß gesäubert werden“, jagte Eppo und kehrte in die Schlucht zurück.

Bereits nach wenigen Schritten erspähte er die Bulgaren. Sie standen zusammengedrängt und wichen jetzt weiter zurück, augenscheinlich in großer Angst vor dem schrecklichen „eisernen Riesen“. Das Schauspiel war fessam, eine ganze Schar bewaffneter Männer vor dem einzelnen Ritter flüchten zu sehen. Gleich Gemfen sprangen die Bulgaren über Steinblöcke hinweg, bis ihnen die schroffen Felswände ringsum jeden Ausweg verschlossen.

„Jetzt hab ich sie — jetzt können sie nicht weiter!“ murmelte Grävenstein.

Er täuschte sich. Die Ratten kletterten die kichtfüßigen Leute am Gestein empor, ihre geschmeidigen Leiber biegsam und windend, bis sie

eine gedehnte Höhle erreichten, die etwa siebenzig Fuß über dem Boden sich öffnete.

Grävenstein war stehen geblieben, mit großem Erstaunen das merkwürdige Schauspiel beobachtend.

„Das ist doch eine verwunderliche Sippschaft“, meinte er. Sie stehlen wie die Ragen, klimmen wie die Ragen und laufen gleich den Hasen.“

Er trat näher und betrachtete die Felswand, um zu untersuchen, ob ihm das Emporstiegen gelingen möchte. Viele schmale Risse und Spalten durchsuchten das Gestein, hier und da sprangen winzige Risse und Zacken hervor, die einem gewandten, blicksamen Menschen das Steigen ermöglichten. Eppos redenhaft Gestalt war jedoch weder blicksam noch gewandt, und für seine breiten eisernen Füße gab es hier keinen sicheren Halt.

„Da können nur Leute mit Ragenpfoten hinaufkommen“, brummte er.

Die Bulgaren hatten ihn beobachtet, seine Absicht erraten und beschloßen, mit vereinten Kräften den Riesen hinabzustößen, sobald er an den Rand der Höhle gelangte.

Herr Eppo verlegte sich jetzt auf Unterhandlungen.

„Allah, — steigt herab!“ rief er. „Es ist ja gar nicht ausgemacht, daß ihr alle zusammen hängen müßt. Verschwört ihr das Rauben und Schießen aus dem Hinterhalt, dann sollt ihr mit einer guten Tracht Prügel davonkommen.“

Die Bulgaren verstanden zwar die Worte nicht, wohl aber die begleitenden Zeichen und Handbewegungen, und erwiderten die Einladung mit Hohngelächter. Das Gefühl ihrer unnahbaren Sicherheit ging so weit, daß sie einige Pfeile auf den Eisernen abschossen. Das Hohnlachen reizte Eppos Zorn und befestigte seinen Voratz, nicht von ihnen zu weichen, bis die Spötter gezüchtigt seien. Er nahm einen Stein, der für seine Riesenhand paßte, und warf ihn nach der Höhle. Wie von einer Kriegsmaschine geschleudert, sauste mit dumpfem Brausen der Stein und traf mit solcher Gewalt die Decke der Höhle, daß er in tausend Stücke ging, die zischend um die Köpfe der Bulgaren schwirrten. Das Hohngelächter verstummte. Die Spötter duckten sich nieder, hinter vorspringendem Gestein nach Eppo auslugend, der abermals wutbereit stand. Da jedoch die Bulgaren unsichtbar blieben, so ließ er den Stein fallen. Darauf stand er sinnend und überlegend, wie den Feinden beizukommen

Berufskrankheiten der Metallarbeiter



Ein typisches Bild: zwei Metallarbeiter kommen den Fabrikweg herunter, große, muskelstarke Gestalten, wie zwei griechische Athleten anzuschauen, aber das Gesicht von einer fahlen Blässe, die alles eher als gesund wirkt. Die kraftfordernde Arbeit hat die Muskeln gestärkt und entwickelt, der Aufenthalt in ungenügend gelüfteten Räumen mit schlechten Gasen und unangenehmen Dünsten macht die Sauerstoffzufuhr zur Lunge ungenügend; auch wenn man das Blut genauer untersucht, zeigen sich kleine Verschiebungen in seiner Zusammensetzung, die mit der unzulänglichen Versorgung des Blutes mit Sauerstoff zusammenhängen.

Die Berufshygiene ist ein bedeutungsvoller Zweig gesundheitlicher Fürsorge und sozialer Bestrebungen geworden. Es ist für die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Metallarbeiter wie der Angehörigen jedes Berufes von ausschlaggebender Wichtigkeit, unter welchen Umständen die Arbeit durchgeführt wird. Erst das Erkennen der Grundlagen schafft die Möglichkeiten zur Ausmerzung des Schlechten und Schädlichen. Nur wer weiß, was schlecht ist, kann Gesundes und Förderliches daraus machen. Die Aufgaben der Berufshygiene erstrecken sich denn auch in verschiedene Richtungen. Sie erfährt die allgemeinen Gefahren beruflicher Tätigkeit; sie sind auf vielen Arbeitsgebieten dieselben, denn Ueberarbeitung wirkt sich z. B. bei Metallarbeitern ebenso aus wie bei Maurern oder Bürobeamten. Dazu kommt die Bedrohung im einzelnen durch die Besonderheiten des bestimmten Berufszweiges. Oft lassen erst umfangreiche Statistiken erkennen, wo die Ursachen von Schädigungen liegen. Die Berufshygiene bemüht sich weiterhin, wirksame Schutzmaßnahmen gegen die einmal erkannten Gefahren ausfindig zu machen. Auch auf die Fragen der Berufsberatung und Berufsergreifung gewinnt sie Einfluß.

Bei der Berufswahl kommen für die jungen künftigen Metallarbeiter jene Voraussetzungen in Betracht, die im allgemeinen an schwere und mittelschwere Berufe zu stellen sind. Die Konstitution, d. h. die allgemeine Körperbeschaffenheit des jungen Mannes, soll mittelkräftig sein. Dabei ist freilich zu beachten, daß zahlreiche Menschen in ganz jugendlichen Jahren noch eine recht schwächliche Konstitution haben können, die sich oft gegen das 20. Lebensjahr zu bedeutend zu kräftigen vermag. Tuberkulöse Lungenleiden machen für den Beruf in der Regel ungeteignet. Dagegen brauchen geringere Erkrankungen der Atmungsorgane keinen Abhaltungsgrund zu bilden, ebensowenig wie geringere Herzstörungen. Nervöse Herzbeschwerden insbesondere verschwinden

oft mit der Zeit und gerade unter dem Einfluß von Arbeit ganz von selbst mit der Kräftigung der Gesamtkonstitution.

Die Vielgestaltigkeit der Arbeit in Metallberufen ermöglicht eine Auswahl je nach etwaigen körperlichen Besonderheiten. Dazu muß man wissen, welche Gefahren die Einzelweige des Metallarbeiterberufes mit sich bringen. In einer Uebersicht von Gerbis kommen danach folgende Punkte in Betracht: Bauklempner und Installateure sind neben der Bleigefahr (beim Löten, bei Verwendung von Mennige) Erkältungen, starker Anstrengung und Abstürzen ausgesetzt. Im Hinblick auf letzteren Punkt kommen daher auch Personen nicht in Betracht, die zu Schwindelanfällen neigen. Metallröder bedürfen großer Kraft und leiden durch ständiges Stehen. Ständiges Stehen bringt Beinverkrümmungen, Plattfuß und Krampfadernbildung mit sich, was alles mit lästigen Beschwerden und Schmerzen verbunden ist. Soweit das Stehen durch herumgehen unterbrochen wird, liegen die Verhältnisse besser.

Rieter werden durch das eingeatmete Kohlenoxyd der Rietwärmefeuern und durch Lärm und Körpererschütterungen bei Verwendung von Prelluftniethämmern betroffen. Die steten Körpererschütterungen können das Labyrinth, das im inneren Ohr sitzende Gleichgewichtsorgan, in Mitleidenschaft ziehen. Rasches, andauerndes Hämmern führt bei Blattmetallarbeitern zu Ueberanstrengungen der Arme mit Schmerzen und Bewegungsstörungen. Graveure, Uhrmacher und Feinmechaniker sitzen andauernd gebückt und strengen die Augen sehr an. Besonders diese Berufe mit gebückt sitzender Haltung, bei denen die Atmung behindert ist, sind nicht geeignet, wenn Anlage zu Lungentuberkulose besteht. Rechtzeitiges Brillentragen kann eine Weiterentwicklung von Sehstörungen auch bei Naharbeit verhindern.

Auf die Süttler wirken, wie Gerbis ausführt, Feilstaub, Löt- und Beizdämpfe, Lackierdämpfe und Schleifstaub schädigend, gesunde Lungen sind hier Voraussetzung. Ziseleure werden von Bleistaub, Lötgasen, Brenngasen und Lärm bedroht. Die Formner haben mit staubenden Massen zu tun, mit Kohle und Graphit, was auch für gesunde Lungen nie gleichgültig ist; der Wechsel zwischen der Kasse der Formstube und der Hitze der Trockenstüben macht bei ihnen Erkältungen häufig. Bei Schleifern und Polierern treffen andauernd gebückte Haltung mit der Einatmung von Metallstaub und Schleifsteinstaub zusammen. Galvaniseure arbeiten zum Teil mit gefährlichen Chemikalien, die Kasse des Arbeitsraumes schafft Vorbedingungen für Erkältungen.

Bei. Endlich geriet er auf einen wirksamen Einfall, den er sogleich auszuführen sich anschickte. Er streifte die Panzerhandschuhe ab, wühlte um den Mund die Hände und stieß mit seiner rauhen Stimme ein Getöse hervor, das wie Donner an den Felsen der Schlucht hinrollte und an den Bergwänden des Tales mächtig widerhallte.

„Hoïho, — hoïho!“ rief er in kurzen Pausen.

Das Signal wurde von den Pilgern gehört und verstanden. Nach kurzer Zeit erschienen Leichtbewaffnete in der Schlucht, an ihrer Spitze Ludolf von Scharfeneck.

„Herr Eppo, wo steht Ihr denn? Ich war in Sorgen um Euch“, rief ihm Ludolf zu.

„Da habe ich Käuze gefangen und kann sie nicht aus der Falle bringen“, antwortete Grävenstein, nach der Höhle deutend.

Die Krieger gewahrten die Bulgaren und lachten.

„Die wollen wir schon herunterholen“, jagte ein dreister Bursch, warf seine Fußbekleidung ab und begann an der Felswand emporzuklettern. Seinem Beispiele folgten andere; nach wenigen Augenblicken hing ein Dutzend Wagehälfe am hohen Gestein.

Die Bulgaren standen auf der Lauer. Aus ihrer Haltung ging die Absicht hervor, jeden hinabzulassen, sobald er die Höhle erreicht. Darum mißbilligte Scharfeneck diese Weise, den Feinden beizukommen.

„So gelangen wir nicht zum Ziel“, jagte er. „Die Waffensleute haben nicht den notwendigen Halt und Stützpunkt; sie hängen gleichsam in der Luft und müssen bei der geringsten Berührung niederstürzen. Ja, da haben wir's“

Der erste flog von der Höhle und hätte durch den Sturz das Leben verloren oder die Glieder zerbrochen, wäre er nicht in das dicke Gerüst des Brombeerstranges gefallen, das am Fuße der Felswand wuchs. So kam er mit unbedeutenden Hautwunden davon.

„Salt!“ rief Ludolf den Kletternden zu. „Alle herunter!“

„Ich wüßte ein probates Mittel, das Raubvolk aus der Höhle zu treiben“, jagte ein Krieger. „Man muß es mit ihnen machen wie mit den Füchsen in ihren Höhlen, man muß sie entzündern. Dies geht hier leicht. Man braucht nur auf das Dorngerüst noch einen heißen Reißig zu werfen, davon ja hier genug herumliegt. Darauf jündet man das Zeug an, und

wenn die Schufte nicht braten oder im Rauche ersticken wollen, dann müssen sie herunter.“

„Du bist ein kluger Geselle“, rühmte Eppo. „Dein Rauchwerk soll gelten und sogleich ausgeführt werden.“

Die Waffensleute trugen Reißig zusammen. Nach wenigen Minuten war ein hoher Haufen vor der Höhle aufgeschichtet.

Die Bulgaren erkannten, was ihnen bevorstand und ergaben sich. Ihre Waffen zurücklassend, stiegen sie herab und wurden von Herrn Eppo mit einer Anrede empfangen.

„Laufen könnt ihr und klettern, das muß ich sagen“, versicherte er. „Auch das Schmalachen und Gesichter schneiden versteht ihr. Weil ihr jedoch den Landstrichen gebrochen habt, so müßt ihr von Rechts wegen alle hängen.“

Die Armbrustschützen umringten die Gefangenen.

„Geiß auf der Haut, daß keiner entrinne!“ mahnte Scharfeneck und verließ mit Eppo die Schlucht. „Der dritte Anfall war sehr ernst“, fuhr er fort. „Eine Schar von etwa achthundert Bulgaren, unter Anführung der beiden Söhne des Herzogs von Bulgarien, warf sich auf die Wagen. Die Schurken hatten es nicht auf Raub, sondern auf Vernichtung der Lebensmittel abgesehen, in der Absicht, jene durch Hunger zu töten, die sie im Kampfe nicht bestehen können. Vieles verdarben sie. Den Weinsäffern schlugen sie die Böden ein, zerschnitten die Strohfüße, zerstreuten Brot und geräucherter Fleisch. Glücklicherweise wurden die schlechten Leute bald gestört durch den Bischof von Passau und seine Ritter. Auch Herzog Berthold sprangte mit seinen Mannen heran, und jetzt verschwand die Bande im Gehölz, tote und Verwundete zurücklassend.“

„Was noch lebt von dem Raubgefinde, muß aufgehängt werden.“ jagte Grävenstein. „Es ist ein gar freches, spottfüchtiges Pack. Wie haben mich die Schufte verhöhnt! — Wie seid ihr mit den Viehdieben fertig geworden?“

„Es kam keiner wieder zum Vorschein. Als die Armbrustschützen das Dickicht durchstreiften, war keine Spur mehr von den Wichten zu entdecken.“

Bevor sich der Zug in Bewegung setzte, wurden die in der Höhle

Die Berufsgefährdung bei Metallarbeitern ist verschieden, entsprechend der sehr unterschiedlichen Beschäftigungsart. Besonders anschaulich ist bei den statistischen Berechnungen die Standardberechnung. Bei ihr wird festgestellt, wie hoch in jedem Beruf die Sterblichkeit wäre, wenn die Altersbeziehung der Berufsgruppen derjenigen der männlichen (oder weiblichen) Gesamtbevölkerung entsprechen würde, wobei die Sterblichkeit der letzteren = 100 gesetzt werden kann (Koelsch). Nach dieser Standardberechnung war nach einer österreichischen Berechnung bei Rassenmitgliedern im Alter von 15-60 Jahren die Sterblichkeit von Arbeitern in Eisen- und Metallwarenfabriken 112 (ebenso in Hüttenwerken), von Schlossern und Schmieden 126. Vergleichsweise betrug die Sterblichkeit bei Eisenbahnarbeitern 70, bei den Druckereigewerben 164.

Eine englische Statistik gibt nach der gleichen Art der Standardberechnung die Sterblichkeit bei Grobschmieden auf 94 an, bei Schlossern auf 96, bei Arbeitern mit Eisen und Stahl auf 119, mit Metallwaren 132. Zu Vergleichszwecken ist interessant, daß nach der gleichen englischen Statistik die niedrigste Sterblichkeit auf Gärtner und Samenhändler trifft (56), die höchste auf Arbeiter im Zinnbergbau (217). In einer speziellen Berufsstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse sind Vergleichsziffern zwischen Erkrankungs Häufigkeit und Sterbefällen angegeben. Für Arbeiter in Metallbetrieben gehen die Zahlen aus folgender Tabelle hervor:

	Erkrankungen mit Erwerbsunfähigkeit auf 100 Personen			Sterbefälle auf 1000 Personen		
	Alter: 15-34	35-54	55-74	15-34	35-54	55-74
Metallschleifer- und polierer	52,9	56,0	76,2	3,3	23,4	63,5
Metallwarenfabriken	44,4	34,9	64,1	5,3	14,2	76,9
Eisengießerei						
Maschinenfabriken	60,9	61,1	80,2	4,2	11,3	36,7
Schlosser	46,0	46,0	63,5	3,9	9,9	44,5
Schmiede	47,0	60,1	78,3	2,5	11,2	23,8
Alle Berufe	36,6	44,4	59,1	4,4	12,0	35,3

Bei Metallschleifern und polierern besteht also hohe Erkrankungsziffer und erhöhte Sterblichkeit, bei Metallwarenfabriken geringe Erkrankungsziffer und hohe Sterblichkeit, bei den Arbeitern in Eisengießereien, Maschinenfabriken, bei Schlossern und Schmieden hohe Erkrankungsziffer und niedrigere Sterblichkeit, alles in Beziehung gesetzt zum Durchschnitt aller Berufe, die für die Kasse in Frage kommen.

Von einzelnen Berufskrankheiten ist Bedrohung des Gehörs durch Lärm zu erwähnen. Besonders beim Preßluftnieten und bei Kesselreinigung mit Preßluftabklopfen entstehen Schädigungen des Gehörnerven. Zum Schutz der Augen vor zu hellen Strahlen des lodhenden Eisens usw. werden Schutzbrillen mit dunklen Gläsern benützt. Auch vor mechanischen Verletzungen der Augen (Sandstrahlgebläse in Gießereien) schützt Abjaugung und helmartige Schutzmaske. Blei und Zink führen bei ungenügender Beachtung der Schutzmaßnahmen zu Bleivergiftung und Zinkvergiftung („Gießleber“). Gaswirkungen können auf dem Weg über die Lungen auf den ganzen Körper schädlich einwirken. Eine Merkwürdigkeit ist es, daß Arbeiter in Fabriken, die mit Säuredämpfen zu tun haben, vor Erkältungskrankheiten und Erkrankungen der Atmungsorgane vielfach bewahrt bleiben; Säureeinatmung (wenn sie nicht zu konzentriert ist) wird von Arbeitern und beobachtenden Ärzten zum Teil als gesund betrachtet, eine eigene Behandlungsform hat sich darauf aufgebaut. Gegen Erkältungen, die namentlich beim Aufenthalt in wechselnd temperierten Räumen auftreten, kann beachtete Kleidung Hilfe bringen. Verbrennungen, wie sie in Walzwerken, bei Gießern usw. vorkommen, bedürfen augenblicklicher Hilfe, um längere Schäden hintanzuhalten. Eigene Gießerschuhe, Schürzen und Beimgamaschen aus Asbest sollen von vornherein Verbrennungsschäden vermeiden lassen.

Dr. Schweigheimer, München.

Der Schutz gegen Pfändung und Aufrechnung bei Lohnforderungen



Die Pfändung von Lohnforderungen ist geregelt in dem Gesetz betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes in Verbindung mit § 850 Ziffer 1 ZPO., abgeändert durch die Verordnung über Lohnpfändung in der Fassung des Gesetzes vom 27. Februar 1928. Diese Vorschriften regeln die Frage, ob und inwieweit Gläubiger des Arbeitnehmers be-

rechtigt sind, fällige Lohnbeträge des letzteren zu pfänden. Zukünftige Lohnforderungen kann der Gläubiger überhaupt nicht mit Beschlagnahme belegen. Erst nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt ist, kann bei Auszahlung eine Lohnpfändung in Frage kommen. Da aber der Lohn in der Regel höchstens das Existenzminimum des Arbeitnehmers erreicht, mußte aus sozialen Gründen eine Lohnsicherung durch Gesetz dahin erfolgen, daß

gefangenen Bulgaren, vierundzwanzig an der Zahl, längs des Weges an Bäumen aufgehängt, ihren Genossen zur abschreckenden Warnung.

Diese strenge Rechtspflege hatte zur Folge, daß der geschlossene Zug der Kreuzfahrer im Hämusgebirge nicht wieder angegriffen wurde. Dagegen lauerten allenthalben verborgene Feinde, welche einzelne Pilger anfielen. Höchst bedenklich war der Umstand, daß die Landesbewohner Dörfer und Städte verließen, ihre Herden in die Berge trieben und alle Lebensmittel fortschleppten oder verbargen. So fanden die Pilger auch die Stadt Stralium gänzlich verlassen und öde. Bald zeigten sich die Wirkungen dieses feindseligen Benehmens. Die Kreuzfahrer waren drückenden Entbehrungen unterworfen und mußten Hunger leiden. Ohne Murren ertrugen sie frommen Sinnes diese schwere Heimjuchung, und Eppo drückte die allgemeine Stimmung aus, wenn er in seiner kurzen Weise sagte: „Auf der Bußfahrt ist das Fasten gottgefällig und der Seele heilsam.“

Während des Aufenthaltes zu Stralium erhielten die Kreuzfahrer Verstärkung durch den Bischof Peter Toul und den Grafen von Aspermont mit ihrer Ritterschaft. Sie waren auf dem gleichen Wege durch Serbien und Bulgarien gezogen, unter großen Beschwerden und steten Anfeindungen. Außerdem berichteten sie, zum Entsetzen der Pilger, grauliche Dinge. Sie fanden nämlich die Gräber neben dem Wege bestatteter Wallbrüder geöffnet, und die Leichen von ruchlosen Leuten Nordserbiens und Bulgariens an den Bäumen aufgehängt. Diese schauerlichen Beweise tödlichen Hasses der Griechen wider die Lateiner waren nicht geeignet, Empfindungen des Zornes und der Verachtung der Pilger gegen ihre Feinde zu mäßigen.

Nachdem die Kreuzfahrer, unter großen Mühseligkeiten und von Hunger gequält, einige Wochen durch Bulgarien gezogen, nahen sie endlich dem gefährlichsten Engpaß, Porcia St. Basilii, Tor des heiligen Basilii genannt. Durch dieses Tor gelangte man in die reichbevölkerte und gefegnete Ebene Romaniens, der fruchtbarsten Provinz des griechischen Reiches. Zum erstenmal gingen jetzt die Pilger einem ersten und blutigen Kampfe entgegen. Sie hatten nämlich durch ausgesandte Späher vernommen, daß jener Engpaß nicht allein durch angelegte Festungswerke, sondern auch durch griechische Truppen verteidigt werde. Auf die Pilger übte indessen eine solche Kunde keineswegs einschüchternde

Wirkungen; denn Furcht und Zagen waren den deutschen Rittern jener Zeit völlig unbekannte Empfindungen. Sie liebten vielmehr Gefahren und suchten dieselben zur Befriedigung ihres kühnen Tatendranges. Die einzige Vorsichtsmaßregel des Herzogs Friedrich bestand darin, daß er sich an die Spitze von fünfhundert Rittern stellte und nach dem Tore des heiligen Basilii ausbrach.

Die Griechen erwarteten schlagfertig die Lateiner. Als sie dieselben in der Ferne herankommen sahen, erhoben sie ein kampflustiges Kriegsgeschrei, wobei sie ihren Mut durch Spottreden über die „eisernen Kolosse“, mit den hochgeschwungenen Augenbrauen und den großen Kaskenlöchern zu stärken suchten. Je näher jedoch die Pilger kamen, desto stiller und bescheidener wurden die Griechen. Aengstlich betrachteten sie die eherne, im Sonnenglanze leuchtende Schlachtsäule, die sich, gleich einem unwiderstehlichen Strome, durch das Tal heranwälzte. Mit einemmal wurden die Griechen von panischem Schrecken ergriffen, und alle nahmen Reißaus.

Als nun die Kreuzfahrer die Festungswerke erreichten, fanden sie zwar keine Griechen, wohl aber eine große Menge Brot, Wein und andere Nahrungsmittel, — eine unschätzbare Wohltat für das hungrige Pilgerheer.

7. Kaiser Isaak lüftet die Maske.

Am folgenden Tage stiegen die Kreuzfahrer in die Ebene Romaniens hinab. Frohen Mutes und in strenger Ordnung zogen sie durch das schöne Land, darin sie alle menschlichen Wohnungen verlassen fanden.

Bei der zweiten Nachtrast, auf dem Wege nach der großen Stadt Philippopolis, traf der ungarische Graf Leotophorus, welchen Barbarossa an den Kaiser Isaak nach Konstantinopel geschickt hatte, auf seiner Rückkehr mit den Pilgern zusammen. Den Grafen begleitete ein Bote, der ein Schreiben des griechischen Kaisers überbrachte. Die Botschaft mochte von großer Wichtigkeit sein; denn Barbarossa betrieb nach Empfang des Schreibens die Fürsten zu einer Beratung.

Während die Fürsten im Kaiserzelt versammelt waren, nahm das Lagerleben der Pilger seinen alltäglichen Lauf. Sie hatten ihre dürftige Nahrung zu sich genommen, ihre gemeinsamen Gebete verrichtet, und dann ihre müden Glieder in den Zelten auf Teppichen, oder auf die nackte Erde ausgestreckt. Bevor noch die Augustsonne im Westen völlig hinab-

unter allen Umständen dem Arbeitnehmer wenigstens ein Teil des Lohnes auch wirklich zufließt. Das Gesetz hat daher bestimmt, daß die Lohnforderung bis zu einem bestimmten Betrage unpfändbar ist, und zwar bei wöchentlicher Lohnauszahlung bis zu 45 RM wöchentlich, bei monatlicher Lohnauszahlung bis zu 195 RM monatlich, bei täglicher Lohnauszahlung bis zu 7,50 RM täglich.

Falls der Lohn diese Beträge übersteigt, so kann von dem Mehrbetrag zunächst ein Drittel nicht gepfändet werden. Hat aber der Arbeitnehmer für unterhaltsberechtigzte Angehörige aufzukommen, so erhöht sich der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der Unterhalt zu gewähren ist, um ein Sechstel, höchstens jedoch auf zwei Drittel des Mehrbetrages.

Diese Pfändungsbeschränkung findet keine Anwendung gegenüber der Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben, sofern diese Steuern und Abgaben nicht seit länger als drei Monaten fällig geworden sind, und gegenüber den gesetzlichen Unterhaltsansprüchen der Verwandten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das der Klageerhebung vorausgehende Vierteljahr.

Soweit die Unpfändbarkeit geht, kann auch der Arbeitnehmer nicht im Wege der Zession, Verpfändung oder eines anderen Rechtsgeschäfts über die Lohnforderung verfügen. Eine Abtretung des unpfändbaren Lohnanteils an einen Gläubiger würde daher nichtig sein.

Eine Sicherung des Lohnes besteht ferner darin, daß gemäß § 394 BGB. eine Aufrechnung seitens des Arbeitgebers gegen Lohnforderungen, soweit sie der Pfändung nicht unterworfen sind, nichtig ist. Eine unbeschränkte Aufrechnung ist nur dann zulässig, wenn der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt hat oder die Gegenforderung des Arbeitgebers sich darauf stützt, daß der Arbeitnehmer vorsätzlich einen Schaden verursacht hat (z. B. durch vorsätzliche Beschädigung einer Maschine). Im übrigen werden durch das Aufrechnungsverbot alle Gegenforderungen des Arbeitgebers betroffen.

Buchangabe

„Festigkeitslehre“. Selbstunterrichtswerk nach dem Lehrsystem Karmad-Sachfeld. 9 Briefe zu 1 RM. Verlag Bonnes & Sachfeld, Potsdam, Am Reustädter Tor.

Die Festigkeitslehre als Grundlage aller technischen Vorgänge allen in einer klar verständlichen Weise zugänglich zu machen: das ist der Zweck des vorliegenden Werkes.

Die Verwertung von Erfindungen. von Dr. Ing. h. c. August Uwehr, mit Tabellen der wichtigsten Bestimmungen aus dem Internationalen Patentrecht. Friedrich Juth's Verlag, Berlin-Charlottenburg 4, 104 Seiten, Großformat, Preis 2,70 RM, elegant in Leinen gebunden 3,60 RM.

Bekanntmachung

Sonntag, den 31. Mai 1931, ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderung:

Neunkirchen (Saar). Unser Büro befindet sich ab 1. Juni Neunkirchen (Saar), Wilhelmstraße 11, Fernruf 2620.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Arbeiterrecht und Sozialversicherung in Gefahr (G. W.), S. 337. Das Ringen um die Unfallversicherung (Ungert), S. 338. Was wird aus der Invalidenversicherung? (G. L.), S. 340. Der Kampf gegen die Sozialversicherung auf Lohnfüßen (K. Gengler), S. 341. Der Rahmentarif von Nordwest (B.), S. 342. Europa in der Zange des Bolschewismus? (Wbr.), S. 344.

Verbandsgebiet:

Bezsdorf gibt Rechenschaft (An.), S. 346.

Unterhaltung:

Siedlung Unirusttown (Red-Malleczewen), S. 343. Für unsere Jungen: Barbarossas Kreuzzug (Konrad von Bolanden), S. 349.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Änderung der Unfallversicherung!! (Un.), S. 347. Größenwahn in der Betriebsrätepraxis (M.), S. 348. Berufskrankheiten der Metallarbeiter (Dr. Schweißheimer, München), S. 350. Der Schutz gegen Pfändung und Aufrechnung bei Lohnforderungen, S. 351.

Buchbesprechung:

Seite 352.

Bekanntmachung:

Seite 352.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, a. G. m. b. H., Duisburg.



Janz herrschte bereits tiefe Stille im Lager. Nur das Wiehern der Pferde, die auf nahen Wiesen weideten, oder der schwere, mit Wappenstein verbandene Tritt eines Gemamperten, welcher durch die Lagergassen schritt, unterbrachen die abendliche Stille.

Ludolf von Scharfeneck saß auf einem Feldstuhl vor dem Zelte, das er gemeinsam mit seinem fürstlichen Freunde bewohnte. Er hatte die Rüstung abgelegt und war in jenen lederen Anzug gekleidet, wie ihn die Edelleute unter dem Harnisch trugen. Wieder mochte er trüben Gedanken über seine blutige Tat in der Heimat nachhängen; denn Trauer und Seelenschmerz überschatteten das Angesicht des jungen Mannes. Im Laufe seiner Betrachtungen tauchten zuweilen angenehme und liebliche Gebilde auf, wie das sanfte Lächeln und die lebhaftesten Blicke bewies. Er tappte er sich bei solchen Empfindungen, die gegen seinen Willen sich einschlichen, dann schüttelte er mißbilligend den Kopf, und die Strenge seines Ritterspiels verriet, daß er die lieblichen Bilder entschieden zurückwies.

„Rein, ich werde Abegard hienieden niemals wiedersehen, — eine innere Stimme sagt es mir!“ sprach er leise vor sich hin. „Ich werde bei der heiligen Fahrt meine böse Tat sühnen und hoffe, durch Gottes Barmherzigkeit einzugehen in das ewige Reich des Lichtes und seliger Wonnen, wo es keine Trennung mehr gibt. Dort werde ich Abegard wiedersehen und mit ihr ewig glücklich sein.“

Nach diesen Worten bekreuzte er sich und begann, die fünf heiligen Wundmale Christi zu beten. In dieser Andacht wurde er bald unterbrochen durch den Herzog von Schwaben, der stürmischen Schrittes heran kam.

„Jetzt hat der Grieche die heuchlerische Maske abgeworfen und sich selbst an den Pranger der Treulosigkeit gestellt!“ begann in heftiger Gemütsbewegung der Fürst. „Was ich vernommen, empört mir die Seele, — peitscht mir das Blut siedend heiß durch die Adern. Rein, ich kann weder sitzen, noch stehen,“ fuhr er ablehnend fort, als ihm Ludolf einen Stuhl anbot. „Es lobt in mir, wie ein Vulkan. Gehen wir da auf und nieder, — laß dir erzählen! — Also, mit dem Grafen Leotophorus kam ein Bote des Kaisers Haal, ein Pisaner, Jakob geheiß, der meinem Vater ein Schreiben übergab. Der Eingang dieses Schreibens ist gerade wieder so unverhüllt, wie alle früheren Schreiben dieses Byzantiners. Während er sich in glänzende Titel kleidet, weiß er nichts von der erhabenen Würde meines Vaters, heißt ihn bloß „Fürst der Alemannen“, — nennt nicht einmal seinen Namen.“

(Fortsetzung folgt.)